

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf, Corneliustr. 68. Berichte, keine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern. Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Sonntag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg. Expedition und Druck von Joh. van den Aken in Aachen, Dülk. Str. 68. 1893/1900 Fernsprech-Nr. 1386. 42122

Nr. 23. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 9. Juni 1906. Fernsprech-Nummer 4223. 8. Jahrgang.

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

Am 9. September d. J. findet die statutgemäße Generalversammlung des Verbandes statt. Die Tagesordnung (§ 17 des Statuts) und alles Nähere wird in der nächsten Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden. Wir empfehlen daher den Ortsgruppen-Vorständen dringend, baldmöglichst Generalversammlungen der Ortsgruppen zwecks Vorbereitung der Kandidaten-Frage und etwaige Anträge anzuberaufen.

Mit kollegialem Gruß
Der Zentralvorstand.
S. B.: C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Rückblicke und Ausblicke.

Kriegsereignisse, Massenarrestierungen, so klingt es dem Gewerkschafter heute fast immerfort in den Ohren. Von einer auch nur zeitweiligen Ruhe im Wirtschaftsleben kann kaum mehr die Rede sein. Wohl wurden auch schon vor Jahren Kämpfe auf wirtschaftlichen Gebieten ausgefochten, aber mit den heutigen gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen sind dieselben gar nicht mehr in Vergleich zu ziehen. Der Kampfesboden und auch die Kampfespartei bieten heute ein ganz verändertes Bild gegen früher.

Nach vor wenigen Jahren schlug eine Streikbewegung an irgend einem Orte ihre Wellen kaum über die örtlichen Grenzen hinaus. Der Kampf zwischen dem Arbeitgeber und seinen Arbeitern wurde schimmelnfalls bis zur Ermattung des einen oder anderen Teiles geführt, und dieses Stadium des Kampfes ließ bei der Forderung des Arbeitgebers einseitig und den meist beschränkten Streikmitteln der Arbeiter andererseits in der Regel nicht lange auf sich warten.

Und welches Bild bietet sich uns heute? Die Gewerkschaften sind sowohl an Mitgliederzahl wie auch an innerer Kraft derart gewachsen, wie es sich die Pioniere der Gewerkschaftsbewegung nie zu träumen lassen. Der Hinweis auf die „glohen starken englischen Gewerkschaften“ bildete vor Jahren in der Regel ein wichtiger Punkt in den Agitationsreden der Gewerkschaftsführer — und jetzt hat die Zahl der in Deutschland organisierten Arbeiter die Mitgliederzahl der englischen Gewerkschaften fast erreicht. Der „Kampfscharakter“ ist dabei bei einem großen Teil der deutschen Gewerkschaften weit ausgeprägter als bei den „verfeinerten“ englischen Trade Unions, wie sich die „Zielbewusstheit“ in Deutschland gerne auszudrücken pflegen.

Auf der anderen Seite haben sich die Arbeitgeber in Arbeitgeberverbänden stark und zielbewusst organisiert. Nicht zufrieden mit der Macht ihrer Branchenverbände, treten die gesamten Arbeitgeber immer mehr gemeinsam auf den Plan, um mit vereinter Macht die Arbeiterorganisationen niederzuzwingen.

Demgemäß haben auch die Arbeitskämpfe eine ganz andere Gestaltung angenommen.

Kleine, örtliche Bewegungen vereinzelter Arbeitergruppen werden immer seltener, und an deren Stelle treten jene Riesenkämpfe, wie sie im Metallgewerbe augenblicklich ihren Ausdruck finden. Das verfloffene Jahr hat mit den Höchstzahlen der Streiks und Ausperrungen seit Bestehen der diesbezüglichen Statistik den Rekord geschlagen, wie aus folgender Uebersicht hervorgeht:

An beendeten Streiks wurden für das Jahr 1905 ermittelt: 2403 gegen 1870, 1374 in den beiden vorhergegangenen Jahren. Dementsprechend ist auch die Zahl der betroffenen Betriebe im Jahre 1905 auf 14481 gestiegen, während 1904 und 1903 je 10321 bezw. 7000 Betriebe von Streiks berührt wurden. Im ganzen streikten 408145 Arbeiter. Infolge der großen Auslandsbewegungen im Ruhrrevier entfällt auf den Bergbau für das Jahr 1905 mehr als die Hälfte (231463 = 56,7%) aller von der Statistik ermittelten Streikenden. Es folgen die Baugewerke mit 37,3%, der Betriebe und 14,6% Streikenden, die Bekleidungs- und Reinigungsgerwerbe mit 13,3% bezw. 6,2%, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 1,1%, bezw. 4,8%, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 1,4%, bezw. 4,4%, die Textilindustrie mit 1,1% bezw. 3,1%, die Metallverarbeitung mit 11,1% bezw. 3,0%. In weiterem Abstände folgen dann die Industrie der Steine und Erden, das Handelsgewerbe, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, die Lederindustrie. Die Gruppe „Verkehrsgewerbe“ hatte im Jahre 1905 271 von Streiks betroffene Betriebe (= 1,9%) mit insgesamt 3319 Streikenden (= 0,9%) zuzurechnen. Von den übrigen Gewerkegruppen sind noch die Papierindustrie und die polygraphischen Gewerbe mit mehr als 1000 Streikenden (1449 bezw. 1332) vertreten, während die im vorstehenden nicht genannten Gewerkegruppen der Streikstatistik weniger als tausend Streikende anführen. Gegen das Vorjahr hatten die größte Zunahme in der Zahl der Streikenden aufzuweisen die Gewerkegruppen Bergbau, Bekleidung und Reinigung, Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate, Baugewerbe, Textilindustrie, Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, Handelsgewerbe, Lederindustrie

und Metallverarbeitung. Eine Ausnahme dagegen die Gewerkegruppen: Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, Chemische Industrie, Industrie der Steine und Erden, Papierindustrie und künstlerische Gewerbe. Von den Streiks hatten 32% vollen, 40,4% teilweisen und 37,6% keinen Erfolg. Ausperrungen wurden 1905 254 gezählt gegen 120 im Jahre 1904 — also eine stärkere Zunahme als die Streiks — die sich auf 3859 Betriebe gegen 1115 im Jahre 1904 erstreckten. Die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter betrug 113 665, im Vorjahre 23 760 und zwar waren beteiligt: Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 54 197 ausgesperrten (45,7%), Textilindustrie mit 24 187 (20,4%), Baugewerbe mit 18 883 (15,9%), Metallverarbeitung 7406 (6,2%), Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 5424 (4,6%) und die Bekleidungs- und Reinigungsgerwerbe mit 4546 (3,8%). In 65 Fällen (26,6%) hatten die Arbeitgeber vollen, in 147 Fällen (67,9%) teilweisen und in 42 Fällen (16,5%) keinen Erfolg.

Diese Zahlen geben eine deutliche und eindringliche Sprache. Sie lassen es als eine immer dringlicher werdende Aufgabe der Sozialpolitik erscheinen, dem Ausbruch von Differenzen nach Möglichkeit vorzubeugen und dadurch den industriellen Frieden zu erhalten. Verständigungs- und Einigungsstellen in Form von Arbeitsämtern müssen geschaffen werden. Es ist ein Gebot sozialer und wirtschaftlicher Selbsthaltung für die Regierung, daß sie baldigst Maßregeln ergreift, welche einen friedlichen Ausgleich der Interessengegenstände zwischen Kapital und Arbeit ermöglichen.

Die Tarifverträge in Scharmacherischem Sinne.

Ein getreuer Schildträger des Geheimrats Ribbors im Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, ohne jede Rücksicht auf ihre politische Stellung, ist Herr Dr. Alexander Tille aus dem Saarrevier. Dieser eigentliche Leiter der dortigen wirtschaftlichen Vereinigungen der Großindustrie bewegt sich dabei in den scharmacherischen Traditionen des verfallenen Beherrschers der königlichen Bergwerksdirektion in Saarbrücken, des Herrn Hilger. Herr Ribbors sprach sich in der im Sept. vorigen Jahres in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik dahin aus: „Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich es für notwendig halte, daß der bestehende Verein sich zu einem geschlossenen Arbeitgeberverbande zusammenschließen und den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen. Dieser Verband müßte es nach meiner Ueberzeugung aber ablehnen, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln.“ Herr Dr. Tille gibt sich alle Mühe, die in dieser Aussage zu Tage tretende Theorie Ribbors in die Praxis zu überführen, indem er, wo er nur kann, die Arbeiterorganisationen und ihre Bestrebungen bekämpft. Ganz besonders ist ihm ein Produkt dieser Bestrebungen: der Tarifvertrag, verhasst, gegen den er in Wort und Schrift zu Felde zieht. Neuerdings hat er die Verbände der genannten wirtschaftlichen Vereine des Saargebietes verantwortlich gegen den Tarifvertrag überführt, wie er es nennt, gegen das Tarifvertragsverfahren im Buchdruckergewerbe Stellung zu nehmen. In dem amtlichen Organ der Handelskammer Saarbrücken wird die Auffassung des Herrn Dr. Tille von dem Buchdruckertarif wie folgt wiedergegeben:

„Seit mehreren Jahren hat eine große Gruppe Drucker und Seger einen bedeutenden Teil des deutschen Buchdruckergewerbes ein sogenanntes Tarifvertragsverfahren eingeführt. . . . Unter sorgfältiger Berücksichtigung aller gegenwärtigen Buchdruckerverhältnisse wird von ihnen eine entsprechende Wirkung des Buchdruckertarifvertrags behauptet, wenn der Seger davon gelangt wird, daß den Druckern und Seger Zeit gelassen werde, sich einen Millionenfonds zu künftigen Ausständen anzulegen. Für denjenigen Teil der deutschen Industrie, welcher auch nicht glaubt, am Ende aller menschlichen Entwürfe überhaupt angelangt zu sein, sondern welcher noch in einer ununterbrochenen Fortentwicklung seiner Vervollkommnung begriffen ist, und der weichen die dauernde Vorbildung seiner Warenstellung eine Voraussetzung ist, ist die Einschränkung in der Buchdruckerei, welche alles schablonisieren und auf Jahre hinaus die Beweglichkeit freiheit stellen, ein verhängnisvoller Schritt.“
Tilleresche Behauptung, ein solches Tarifvertragsverfahren würde dem Industrie als Ganzes ein ungeheures Schicksal bedeuten, daß auch nicht nur durch entsprechende finanzielle Zwangsmaßnahmen innerhalb des Buchdruckergewerbes ein allgemeines Zwangsverfahren geschaffen würde, dessen Innehalten dann auch anderen Gewerben die Vorbildung gebunden zu machen. Des Herrn Dr. Tillesche Behauptung, daß sich der Tarifvertrag in Deutschland auf die Seite derjenigen Drucker zu schlagen haben, welche in Tarifverträge geknüpft sind, kann der Erwägung bedürftigen Teiles der deutschen Industrie, welcher noch das Selbstbestimmungsrecht des Unternehmens hochhält, nur auf Seiten der tariffreien Drucker sein. Die deutsche Industrie ist durch ihren Notwendigkeit an Druckfachen einer der größten Auftraggeber von Druckern, beteiligt ist ebenso großer oder selbst größerer, wie die buchverlegerische Schriftstellerwelt oder die Welt der Journalisten und Zeitungswesen. Es braucht sich bloß öffentlich zur Unterstützung der tariffreien Drucker zu belohnen und nach Möglichkeit nur solchen Drucker einen Auftrag zuzuwenden, welche den Ruf haben, sich vom Tarifvertragsverfahren zu halten, und der Kampf zwischen den tarifkommen und tariffreien Drucker ist wieder ein gleicher.“

Diese Ausführungen betonen eine geradezu verblüffende Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Sie sind im übrigen ganz des „Sozialpolitikers“ Dr.

Tille würdig, der sie heute nicht zum ersten Male zu verketen sucht. Man wundert sich nicht einmal darüber, daß er behauptet, der Segen des Buchdruckers-Vorbildungsvertrages werde darin gesucht, daß den Druckern und Seger Zeit gelassen werde, sich einen Millionenfonds zu künftigen Ausständen zu sammeln. Derartige grundlose Verbäckigungen sind charakteristisch für die Kampfesweise Tilles, und die sozialistischen Großindustriellen nehmen sie als völlige Beweise hin. Die Verbände der wirtschaftlichen Vereine des Saargebietes beschließen nämlich auf Grund der Ausführungen Dr. Tilles, an die Mitglieder der Vereine ein Rundschreiben zu richten, dem ein Verzeichnis der tariffreien Drucker des Saargebietes beigegeben ist und sie zu bitten, nach Möglichkeit ihre Druckaufträge an erster Stelle tariffreien Drucker zu zuwenden, um diese in ihrem schweren Kampfe gegen die Tarifnestschaft zu unterstützen. Zugleich sollen die übrigen wirtschaftlichen Vereine und Arbeitgeberverbände, welche Gegner der „Tarifnestschaft“ sind, eventuell unter Anführung eines Verzeichnisses der tariffreien Drucker ihres Bezirkes aufgefordert werden, in demselben Sinne Stellung zu nehmen und auch ihre Druckaufträge nur durch tariffreie Drucker ausführen zu lassen.

Nach dieser „Leistung“ Dr. Tilles würde es nicht wunder nehmen, wenn seine Güter ihm in Anerkennung seiner Verdienste um die Großindustrie eine erhebliche Gehaltssteigerung bewilligen würden. Der Mann, der seinen „Geist“ so anstrengt, hat's wirklich verdient, namentlich wenn, wie behauptet wird, sein jähriges Jahreseinkommen „nur“ kumpige 30 000 M. übersteigt.

Die freunliche Frankfurter Zeitung widmet dem Dr. Tille und seinem Moralsystem folgende Betrachtungen:

„In der Sozialpolitik des Saarreviers ist die Richtung Dr. Tilles maßgebend. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man meinen, daß sie einfach die Praxis Stimmis in Theorie überführt. Aber das stimmt nicht. Stimmis war eine in ihrer Art harte Natur, aber bestrebt, gerecht zu sein, so gut er das eben verstand. Tille jedoch hat ein sozialpolitisches System zurecht gemacht, in dem der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit überhaupt keinen Platz hat, vielmehr bekämpft er gerade das „Moralis“. Das ist keine neue Sache, wie man nach dem Namen vermuten könnte, sondern es ist die Moral, die Gerechtigkeit, die sittliche Forderung, die Gleichberechtigung in der Sozialpolitik. All das ist nach Tille blanke Unflut. Darum und Weisheit sind seine Meister — wie er sie versteht. „Kreiere“ ist das Zauberwort; der Tüchtige kommt allemal hinaus, der Untüchtige hinunter — Naturgesetz! Naturgesetz aber darf und kann man nicht widerstreben, und so ist in der Sozialpolitik verkehrt und sinnlos, was den Schwächeren stützt und schützt, was den Stärkeren stützt und schützen kann. Beispielweise ist eine Arbeitslosenversicherung holler Unflut, und wie ein solcher Mann über die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen denkt, das ist ohne weiteres klar. Neu ist das alles nicht, aber ist es denn richtig, daß im freien Kampfe ums Dasein immer der Tüchtigste die besten Chancen habe? Man muß schon ein „moderner“ Philosoph sein, um das zu glauben. In der Wirklichkeit kann jeder sehen, daß gar nicht die Tüchtigste immer entscheidet, sondern sehr oft die Kraft, der rücksichtslose Elbogen, auch das große Maul, das Kriechtalent, die Bedürfnislosigkeit und auch einmal ein Artikel in der Woche. Die „Kreiere“ Theorie hat heute freilich neben Tille noch eine Anzahl unklarer Anhänger, aber sie steht zu den offenkundigen Tatsachen in Widerspruch, die uns zeigen, daß die freie Auslese des Tüchtigsten gar nicht besteht. Und auch sonst gehen diese Herren mit den Tatsachen, die ihnen nicht passen, sehr übermäßiglich um. Sozialpolitik, sagt Dr. Tille, dürfte man nicht auf lustige Theorien wie Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gründen, sondern auf Erfahrung! Lustig ist es aber, so etwas zu sagen. Denn ist es etwa eine Erfahrung, daß die Menschen nach Glück verlangen und sittliche Forderungen stellen? So mächtig ist das moralische Element auch im sozialen Leben, daß auch die Millionen Sozialdemokraten, die nach ihrer Lehre die Moral für einen Schwindel halten müßten, sich täglich millionenmal Lügen strafen und von sittlichen Forderungen überschließen. Und da kommt Dr. Tille und erklärt alles, was nach Moralsin aussieht, für Unflut und predigt in wissenschaftlichem Gewande größte sozialpolitische Schrotflut und daß die Unternehmer die Herren an sich als solche seien. Und es gibt natürlich Kaufleute, denen es gefällt, daß bei Dr. Tille das Uebermenschenum so billig zu haben ist. Man braucht ja nur das Moralsin abzuschaffen. Und das dokumentiert man am einfachsten dadurch, daß man die Organisierten unter den Arbeitern bedrückt und sie aus Plaster setzt, wie es kürzlich die Burbacher hätte getan.“

Die Karriere Dr. Tilles, so meint die Frankf. Ztg. am Schluss, sei noch gar nicht abzusehen. Möglich, daß eine kommende internationale Bervollmächtigung ihn zum Generalissimus aller rechtsradikalen Unternehmerverbände mache. Aber bereits in Saarrevier werde man seine Tätigkeit empfinden. Es wäre dort unter den Arbeitern, wie nie zuvor. Um sie zu bezichtigen, wäre nichts weiter nötig, als ein bisschen Entgegenkommen, ein bisschen — Gerechtigkeit. Aber das sei ja nach Dr. Tille lustiges Zeug. Müßten sich doch die dortigen Industriellen diese Fragen einmal selbständig überlegen. Die öffentliche Meinung hat ein Recht, sie darauf aufmerksam zu machen.“

Man kann diesen Ausführungen der Frankf. Ztg. nur zustimmen. An der Saar sind es an erster Stelle die christlichen Gewerkschaften, welche den Kampf gegen Tille und sein „System“ zu führen haben. Aber sie kämpfen dabei für die gesamte Rechtsstellung der Arbeiterschaft überhaupt, vor allem für das Koalitionsrecht der Arbeiter; darum muß ihnen die Sympathie aller zur Seite stehen, welche der Ueberzeugung sind, daß nur die ehrliebe Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung des Arbeiters und des Unternehmers auf dem Boden des Arbeitsvertrages den sozialen Frieden zu sichern vermag.

Fabrikarbeiterinnen in Japan.

Das holländische Blatt „Hoog Ambracht“ entrollt ein trauriges Bild von den Lebensverhältnissen japanischer Fabrikarbeiterinnen. Nach den Schilderungen eines Reisenden (von uns ins Deutsche übertragen, D. N. d. Textilarb.-Ztg.) heißt es: In einer Webfabrik in der Nähe von Tokio werden nur sehr junge Arbeiterinnen beschäftigt, die durch Agenten aus den ärmsten Distrikten Japans zusammengeholt waren. Die meisten waren 15 Jahre alt, ein Mädchen erst etwa 12 Jahre. Diese Arbeiterinnen müssen einen Kontrakt unterzeichnen, daß sie ihre Arbeitsstelle nicht vor ihrem 18. Lebensjahre verlassen dürfen. Für diese ganze Vertragszeit erhält die Arbeiterin die Summe von 40 Yen = 84 Mk. 40 Pfg. Wenn die Arbeiterin daher mit 12 Jahren die Arbeit aufnimmt, so muß sie sieben Jahre lang für 84.40 Mk. arbeiten. Dieser Lohn ist aber erst mit der Beendigung der Vertragszeit fällig. Und nun die Arbeiterinnen so recht in der Gewalt zu haben, heißt die Firma ihnen kleine Summen, welche die Arbeiterinnen natürlich nicht zurückzahlen können.

Diese Schicksal bietet dann der Firma eine willkommene Handhabe, um die Arbeiterinnen als willkürliche Ausbeutungsobjekte zu gebrauchen. Diese Firma wurde dem Reisenden als vergründet und organisierter Ausbeutung der armen Arbeiter gechildert.

Einen noch traurigeren Eindruck machten auf den Forscher die Verhältnisse in einer Seidenwebfabrik. Der Name Fabrik ließ sich für die Arbeiterinnen nicht anwenden, denn sie bekamen aus Baracken. Und in diesen Baracken, in der Mitte einer ungesunden Atmosphäre, arbeiteten Frauen und Kinder täglich 11 Stunden — einzelne Kinder im Alter von 7 Jahren — um einen Lohn zu verdienen, welcher sich bewegt zwischen 6 bis 22 1/2 Cent (= 11—22 Pfg.) pro Tag.

Ueber den Charakter der japanischen Arbeiter äußert sich der Reisende folgendermaßen:

Von einem festen Arbeiterstamm kann in Japan nicht die Rede sein. Diese Beobachtung kann man in jedem Betriebe machen. Durch Unbeständigkeit zeichnet sich der japanische Arbeiter ebenso aus wie der Arbeitgeber. Der Arbeiter bringt keine Ausdauer, er geht nicht auf in seinem Beruf und hängt ebenso wenig an denselben wie an seinem Arbeitgeber. Ein Arbeitgeber ist nie sicher, daß er seine Arbeiter von heute auch noch morgen in der Fabrik hat. Aus dem geringsten Anlaß verläßt der Arbeiter seine Stelle, und durch keine Anreizung kann sich der Fabrikant einen festeren Arbeiterstamm sichern (was ja bei derartigen Vorgehensweisen, wie oben angedeutet, gar nicht wunder nehmen kann, D. N.). Dadurch ist der Arbeitgeber nie imstande, sich an gewisse Lieferungsfristen zu binden, weil er nicht weiß, ob er die Waren einhalten kann. Dadurch werden manche Handelsleute veranlaßt, sich bei eiligen Bestellungen an europäische Lieferanten zu wenden und diesen die Lieferungen zu übertragen.

Abzahlungs geschäfte.

Die Abzahlungs geschäfte erfreuen sich eines großen Aufschwungs, nicht zuletzt infolge der Bekanntheit, die mittels Agenten und verheißungswollen Anzeigen in allen Zeitungen gemacht wird und deren Zentrum ist zum Wachstum verhilft. Es mag für einen strebsamen Mann unter Umständen und im Einzelhändler ein ermunternder Ausweg sein. Immerhin aber bleibt das Abzahlungs geschäft eine höchst zweifelhaftes Erwerbsgeschäft unserer Zeit. Die häufige Ausbeutung und immer größerer Anspruch an diese Geschäfte ist ein Zeichen ungeheurer Entwicklung unseres Wirtschaftens. Denn ist ein Arbeiter sparsam und fleißig und damit er dennoch nicht in die Lage, das, was er und seine Familie braucht, für zu bezahlen, dann sind eben die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wie sie sein sollten. Deckt aber ein Arbeiter, der zwar ansehnlichen Verdienst, aber doch nie bares Geld hat, seinen Bedarf an Kleidung usw. im Abzahlungs geschäft, so ist das wiederum ein trauriges Bild unserer sozialen Zustände. Man kann also das Zusammennehmen der Abzahlungs geschäfte, das von der wirtschaftlichen Leistungslosigkeit der Massen bedingt und ein treues Abbild derselben ist, in gewisser Beziehung geradezu als Gradmesser des Reichthums oder der Armut, der wirtschaftlichen Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der Massen betrachten. Wir haben also allen Grund, dem System der Abzahlungs geschäfte entgegenzuarbeiten. Zur Verhütung der größten Mißstände bestimmt zwar das Gesetz vom 16. Mai 1894, daß geleistete Teilzahlungen bei Vertragsauflösung zurückzugeben sind; auch kann der ganze Rest

Der Kaufmann erst verlangt werden, wenn der Käufer mit zwei aufeinanderfolgenden Teilzahlungen (die Teilzahlungen müssen mindestens ein Sechstel des Kaufpreises betragen) im Rückstand ist; eine unverhältnismäßig hohe Vertragsstrafe kann durch Urteil beschränkt werden. Wie also aus der gelehrlichen Bestimmung ersichtlich, so schreiben die „Schl. Nachr.“, denen wir diesen Aufsatz entlehnen, muß bei einer Vertragsauflösung die bereits geleistete Teilzahlung zurückerstattet werden, aber im Vertrage hat sich der Käufer verpflichtet, bei einer Vertragsauflösung so und so viel Mark Entschädigung an das Abzahlungs-geschäft zu bezahlen. Daß diese nicht so gering angelegt wird, liegt auf der Hand. Die gehehlte Bestimmung, daß eine unverhältnismäßig hohe Vertragsstrafe durch Urteil herabgesetzt werden kann, ist sehr bedauerlich und wird immer durchführbar. Dehnbar, weil viele der hereingefallenen Käufer sich die Kosten und Mühen einer gerichtlichen Klage nicht leisten können und daher oft lieber die hohe Vertragsstrafe bezahlen bezw. sich dieselbe von der bisher geleisteten Ratenszahlung abziehen lassen, um alle Kladerenzen, allerdings damit auch ihr gutes Geld los zu sein. Da nun aber diese Kredithäuser einmal nicht aus der Welt zu schaffen sind, ja vielmehr sogar leider einem Bedürfnis der Zeit Entstehung und Existenzfähigkeit verdanken, so muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, die Schäden der schon bestehenden Geschäfte nach Möglichkeit hintanzuhalten und einer weiteren Ausbreitung entgegenzutreten. Um dieses Ziel zu erreichen, wären wohl zunächst die gesetzlichen Vorschriften dahin zu erweitern, daß der Käufer, der unverschuldet (durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw.) seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht als vertragsbrüchig zu betrachten ist. Am wirksamsten aber wird Selbsthilfe sein. Die Waren der Abzahlungskonten sind nachgenüßenermaßen, wenn auch nicht immer gerade minderwertig, so doch relativ viel teurer als bei Verzinsung. Der Mittelbergische Bund für Handel und Gewerbe stellte jüngst einen Vergleich an zwischen den Preisen in Abzahlungs- und Detailgeschäften mit dem Resultat, daß der Preis für die gleichen Gegenstände in den Abzahlungskonten bis zu 50 Prozent höher ist. Hieraus die richtige Konsequenz zu ziehen, kann nicht schwer sein: Nur im äußersten Falle der Not zum Funden eines Abzahlungskontes zu werden und dann aber auch nur wieder den allerzwingendsten Bedarf dort zu decken, damit die wäsenden oder monatlichen Raten keine die Leistungsfähigkeit des Schuldners übersteigen und Höhe annehmen. Wenn nach diesem Grundsatze seitens der Konsumenten verfahren würde, dann wäre der Ausdehnung der Abzahlungskonten von selbst schon eine natürliche Schranke gesetzt, zum Wohle der kaufenden Publikum sowohl als auch der realen Geschäftseigenen, deren Konkurrenz mit den Verschleiern solcher unter der Durchschnitsqualität stehender Warenware sich ohnehin von Jahr zu Jahr unentwärtlicher gestaltet.

zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Die „Berl. Kor.“ schreibt auf Grund der vom Kaiserlichen Statthalteramt veröffentlichten Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit:

Die Darstellung ergibt, daß es sich bei der vorübergehenden Arbeitslosigkeit begrenzter Personenzahlen in der Volkswirtschaft um eine wirtschaftliche Erscheinung handelt, welcher eine gewisse Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit zukommt, die jedoch nach dem Zeitpunkt wie nach der Dauer und dem Umfang auf Grund langjähriger Beobachtungen als absehbar zu betrachten ist und unter diesem Gesichtspunkte zu sich für eine Versicherung unter rein versicherungstechnischen Gesichtspunkten unüberwindliche Schwierigkeiten wohl nicht bieten würde. Ferner zeigt sich, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufen sehr verschieden ist, dementsprechend auch das Bedürfnis einer Sicherstellung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht gleichmäßig in allen Berufen besteht. Die Schwierigkeiten einer Versicherung ergeben sich vor allem bei der Feststellung und Begrenzung des Begriffs der zur Unterpung berechtigenden Arbeitslosigkeit und bei der Kontrolle der Durchführung dieser Feststellung in der Praxis sowie bei der Regelung der Frage über die Höhe der Abnahme von Arbeit. Was die Frage betrifft, ob und in welcher Weise öffentliche Mittel für die Zuziele der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden sollten, so würden bei allgemeiner obligatorischer Arbeitslosenversicherung in weitem Maße Verunstaltungen befeuert werden, für welche die Gefahr der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht besteht, oder sehr gering ist, während andererseits eine dem Risiko entsprechende Abkürzung der Beiträge sehr schwierig ist. Abgesehen von der Frage, ob ein Bedürfnis besteht, der Versicherung einen solchen Umfang zu geben, wird jede kassenmäßige obligatorische Versicherung genötigt sein, zur Sicherung gegen Arbeitslosigkeit in einer Weise einzurichten, die leicht von den Arbeitern als eine Nebenpflicht ihrer Vermögensfreiheit und als eine Ergänzung der von ihnen bisher üblichen angesprochenen Ziele empfunden wird. Die Schäden, welche die Arbeitslosenversicherung verursachen könnten, können von vornherein nur auf diejenigen Beschränkungen, welche selbst das Bedürfnis zur Versicherung empfinden. Das sind erfahrungsgemäß vorwiegend: Bei dem am schlechtesten gestellten Arbeitern nicht, soweit darüber Erfahrungen vorliegen, teils die eigene Initiative zur Versicherung, teils die Möglichkeit, von dem Staatlichen die Beiträge regelmäßig aufzubringen. Als ein Mittelweg zwischen der Einführung selbständiger obligatorischer oder fakultativer Arbeitslosenversicherungen, der in Belgien von den Gemeinden, in Frankreich von den Ständen bereits beschritten ist, erscheint das System des Zuschlusses an bestehende Einrichtungen, sei es der Arbeiterverbände, sei es freiwilliger Organisationen, welche sich die Unterpung bei Arbeitslosigkeit zum Ziele gesetzt haben. Der Fehler bei dieser Art Versicherung besteht darin, daß dabei nur derjenige Teil der Arbeitslosen berücksichtigt wird, welcher organisiert ist oder sich selbst organisieren will, nicht aber der in sich selbst organisieren will. Ein Ausweg für die unorganisierten Arbeiter durch Einführung von Zuschüssen zu Sozialversicherungen zu schaffen, hat sich aber als unzulänglich gezeigt. Organisierte Arbeiterverbände bieten noch nicht, würden aber als Ergänzung des Staatlichen erforderlich werden. Eine Unterstützung der in Belgien und Frankreich bestehenden Einrichtungen wird in Norwegen und Schweden bereits getroffen. Die Versicherung aller dieser Versicherungsarten, in dem

sich um die Beteiligung des Staates handelt, steht noch aus. Auch ihnen gegenüber stellt es nicht an Bedenken wirtschaftlicher wie sonstiger Natur.

Streitversicherung der Arbeitgeber.

Die „Soziale Praxis“ berichtet über die Gründung einer Entschädigungsgesellschaft sächsischer Arbeitgeber zur Streitversicherung bei Arbeitskämpfen. Am 10. März hatte eine Mitgliederversammlung sächsischer Arbeitgeber einstimmig die Gründung einer solchen Gesellschaft beschlossen. Der in der konstituierenden Versammlung gewählte Ausschuss ist dann am 27. April zur Feststellung der Statuten zusammengetreten und hat diese dann dem Verbandsmitgliedern mit der Aufforderung zum Beitritt in die Entschädigungsgesellschaft zugestellt. Die hierauf erfolgten Beitrittserklärungen sind so zahlreich eingegangen, daß die Gesellschaft gegründet werden konnte. Dieselbe soll am 1. Juli ins Leben treten. Die Geschichte der Gesellschaft vorläufig vom Verband sächsischer Industrieller geleitet. Die Gesellschaft soll alle Arbeitgeber im sächsischen Sachsen mit Ausnahme derjenigen Betriebe umfassen, welche der Textilberufsgenossenschaft angehören, da für diese bereits eine ähnliche Vereinigung besteht.

Das „Reichsarbeitsblatt“ bringt in seiner Nr. 4 eine zusammenfassende Darstellung der Bestrebungen der deutschen Arbeitgeber, sich gegen die Folgen von Streiks, Boykotts und Auspörungen zu versehen. Diese Bestrebungen haben ihren Ausgangspunkt durch die Auspörung in Krimmichau erhalten und wurden am mächtigsten gefördert durch die neuerdings sehr verstärkten Arbeiterverbände, in erster Linie die Hauptstelle und den Verein deutscher Arbeitgeberverbände, die sich beide im Jahre 1904 bildeten. Am 17. März 1905 trat die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Streitversicherung bei Arbeitskämpfen ins Leben; ihre geschäftliche Tätigkeit begann am 1. Juni. Nach dem Geschäftsbericht, der am 9. März d. J. Jahres veröffentlicht wurde, waren dieser Gesellschaft zu Ende des Jahres 1905 742 Mitglieder mit 180000 Arbeitern und einer Jahreslohnsumme von 140 Millionen Mark beigetreten. Seit dem 1. Januar 1906 sind weitere 60 Mitglieder mit etwa 10000 Arbeitern beigetreten. Die Entschädigungen pro 1905 (sieben Monate) betragen für Streiks 63011 Mark, für Auspörungen 56022 Mark, zusammen 119033 Mark. Die in einzelnen Fällen gezahlte Höchstentschädigung betrug 21116 Mark, die Entnahme nach Abzug der Verwaltungslohnkosten und sonstigen Angaben 134372 Mark, welche den Entschädigungsfonds darstellen. Es verbleibt danach ein Ueberschuß für das Jahr von rund 153388 Mark. In der Holzindustrie hat eine ähnliche Zusammenfassung stattgefunden in dem Arbeitgeberverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen. Auch für das Schneidergewerbe, für die Textilindustrie und andere Branchen sind ähnliche Versicherungen geschaffen. Man ist nun bestrbt, diesen Organisationen eine gemeinschaftliche Rückversicherung zu geben, und an diesem mit Erfolg. Zum Schluß bemerkt dann das Reichsarbeitsblatt: „Die ganze Bewegung ist zurzeit noch nicht abgeschlossen. Für ein Urteil über die Leistungsfähigkeit der so geschaffenen Organisation fehlen noch alle tatsächlichen Unterlagen. Es läßt sich zurzeit weder noch übersehen, ob sie der entsprechenden Organisation der Arbeiter bereits gewachsen ist, noch ob sie stärker oder schwächer ist als die Arbeiterorganisation. Ein Urteil darüber wird erst der Verlauf der nächsten Jahre ermöglichen, in welchen sich der weitere Ausbau der jetzt begonnenen Organisation vollziehen dürfte.“

Für die Arbeiterverbände ergibt sich aus diesen Bestrebungen der Arbeitgeber schon jetzt die Lehre, unermüßlich an der Ausbreitung und inneren Kräftigung ihrer Organisationen zu arbeiten.

Sozialdemokratische Agitationslügen.

Mit welcher Gewissenlosigkeit die Sozialdemokratie die Bevölkerung verführt, so schreibt das „Völkische Volksbl.“, zeigt eines ihrer Flugblätter, das den „Bürgern Charlottenburgs“ ins Haus getragen wurde. Politik und Gehörlichkeit verbinden, fordert dieses Flugblatt nicht nur zum Beitritt in den sozialdemokratischen Wahlverein, sondern auch zum Abrennen auf den Sozialisten, nachdem es geradezu journalistische Schandworte angestrichen hat. Unbefürwortet darun, daß selbst der Sozialist das Sinken der Fleischpreise im Großhandel feststellt und die Fleischer bringt, auch im Kleinhandel mit den Freiheiten herunterzugehen, wird die Schlinge hier so dargestellt, als wüßte mit der Einführung des neuen Volkstares am 1. März d. J. eine ungeschickliche Verkärnung der Lebensmittel eingetreten sei. Doch die Entstellung wird jedoch nicht im Vergleich mit der Bekämpfung, das die Schulden des Reiches am Schluß des Jahres 1904 11000 Millionen Mark betragen und zur Veranschaulichung jährlich 500 Millionen Mark erwirtschaften. In Wahrheit betrug die verlässliche Schuld des Reiches am Schluß des Rechnungsjahres 1904 nach dem Bericht, den die Reichsrechnungskommission unter dem 2. März 1906 erstattete (vgl. Nr. 303 der Reichstags-Drucksachen), 5203500000 Mark. Das sozialdemokratische Flugblatt gibt also den Schuldstand des Reiches um mehr als viermal zu hoch an! Genauso daselbe ist bei der Angabe über den Jahresbeitrag der Judenheit der Fall: nicht 603 Millionen Mark nach dem Bericht, sondern — nach dem Summenposten des Reichsrechnungsjahres 1906 — etwa 126 Millionen Mark. Noch besser ist das Flugblatt mit der Angabe um, wenn es behauptet, daß nach dem Bericht des Finanzministers Herr von Rheinbaben 22 Millionen Arbeiter in Preußen ein Einkommen von weniger als 900 Mark haben“. Das Flugblatt zeigt hierbei die schändlichsten Unwahrheiten und ihre Angehörigen also vor allem die Kinder der Steuerpflichtigen, ganz einfach zu praxieren! In welchem Zweck das Flugblatt seine schändlichen Lügen spielen läßt, erkennt man, wenn man im unmittelbaren Anschauung an jenes Exemplar sieht.

Die Kapitalistenklasse wüßte sich wohl nicht schämen, dergleichen Aussagen zu machen, aber nicht gerade. Umstände von Arbeitern müssen jährlich solche ihrer schändlichen Ernährungsweise haben.“

Wie bemerkt werden in den Interessen der Arbeiter nicht berücksichtigt. Zur Verbesserung unzulänglichster Arbeiter sind bereits zwar sehr getrieben — und das ist der Zweck.

Von den Aktiengesellschaften in der Textilindustrie.

Spinnerei und Weberei in Steinen, Aktiengesellschaft.

Die Jahresrechnung für 1905 weist einen Rohgewinn von 461363 Mark (326205 Mark) aus, wozu noch 12335 Mark (9025 Mark) Zinseneinnahmen hinzukommen. Die Abschreibungen auf Anlagen erforderten 188200 Mark (182800 Mark), die Abschreibungen auf Außenstände 6225 Mark (12335 Mark) und die Zinsen 56000 Mark (wie i. V.). Aus dem verbleibenden Reingehalt von 212680 Mark (79891 Mark), wozu noch 98520 Mark (116602 Mark) Vortrag hinzukommen, werden 6% (5%) Dividende verteilt. Bei einem Grundkapital von 1600000 Mark und einer Anleihe von 1400000 Mark. Die Gesamten Anlagen abzüglich der Tilgungen mit 3035021 Mark (2980276 Mark) zu Buch. Die Vorräte wurden mit 671051 Mark (566091 Mark) bewertet. Während bei Schuldner 302451 Mark (651495 Mark) ausstehen, hatten Gläubiger 549514 Mark (870690 Mark) zu fordern. Die Rücklage hat sich auf 154308 Mark erhöht.

Kammgarnspinnerei vorm. Schwarz u. Co., Akt.-Ges., Mülhausen i. E.

Die Gesellschaft verzeichnet für 1905 nach 216470 Mark Abschreibungen einschl. 76067 Mark (51969 Mark) Vortrag 454019 Mark (612213 Mark) Reingehalt. Davon werden 75591 Mark (112049 Mark) der Reserve überwiesen und 280000 Mark (320000 Mark) als 7% Dividende auf das nunmehr gleichberechtigte Gesamtkapital von 4 Mill. Mark verteilt (i. V. 10% auf 2 Mill. Mark, Prioritäts- und 6% auf 2 Mill. Mark Stammaktien), der Vortrag ermäßigt sich auf 36484 Mark. Anlagen und Einrichtung stellen mit 433 Mill. Mark (444 Mill. Mark) zu Buch, Vorräte mit 755 Mill. Mark (633 Mill. Mark). Zu Bar, Wechseln und Effekten werden 0,10 Mill. Mark (0,29 Mill. Mark) ausgewiesen und an Debitoren 2,71 Mill. Mark (3,11 Mill. Mark), wogegen Kreditoren den Betrag von 7,28 Mill. Mark (6,82 Mill. Mark) zu fordern hatten. Die Reserve wächst auf 1,93 Mill. Mark, der Vorrichtungsbeitrag enthält 80000 Mark.

Kammgarnspinnerei Engel u. Co., Akt.-Ges., in Mülhausen i. E.

Das Unternehmen erzielte im Jahre 1905 91037 Mark (i. V. 50776 Mark) Bruttogehalt, von dem 85905 Mark (i. V. der ganze Betrag) zu Abschreibungen verwendet werden, jedoch 5132 Mark zur Uebersetzung an die Reserve verbleiben. Eine Dividende gelangt nicht zur Verteilung. Die Bilanz verzeichnet neben 1,40 Mill. Mark Obligationsschuld 1,28 Mill. Mark (1,45 Mill. Mark) Kreditoren, denen 0,84 Mill. Mark (1,16 Mill. Mark) Debitoren gegenüberstehen. Die Anlagen stehen mit 1,63 Mill. Mark (1,74 Mill. Mark) zu Buch, Waren mit 1,78 Mill. Mark (1,53 Mill. Mark) an Bar und Wechseln waren 100723 Mark (150372 Mark) vorhanden. Die ordentliche Reserve enthält 8934 Mark, die Spezialreserve (Prioritätsaktien) 90000 Mark, die Spezialreserve (Abschreibungen) 61670 Mark.

Vereinigte Schuhstoff-Fabrikanten, A.-G., in Fulda.

Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1905 nach 21625 Mark (i. V. 22956 Mark) Abschreibungen einschließlich 35923 Mark (35081 Mark) Vortrag einen Reingehalt von 155923 Mark (151334 Mark), wozu 9% (8%) Dividende auf das Aktienkapital von 1000000 Mark (1280000 Mark) und 50 Mark auf jeden der im Berichtsjahr geschaffenen 280 Genußscheine verteilt werden. Zu Gewinnaufteilen wurden 16000 Mark (15010 Mark) verwendet; als Vortrag verbleiben 35923 Mark (wie im Vorjahr). Dem Geschäftsbericht zufolge war der Geschäftsgang im allgemeinen günstig. Herstellung und Absatz erhöht sich. Die Einführung der auf Grund des Hauptberufungsbeschlusses vom März 1904 zurückgezogenen 280000 Mark Aktien zum Nennwert erfolgte im Juni vorigen Jahres; an ihrer Stelle wurden 280 Genußscheine ausgegeben. Die Ausschüßen werden im Bericht als günstig bezeichnet.

Albert, Kellermann u. Cie., Kommanditgesellschaft auf Aktien, in Erfurt i. E.

Der Rechenhaftsbericht für 1905 weist einen bereinigten Gewinn von 266766 Mark (152939 Mark) aus, wozu die Rücklage 15189 Mark (7328 Mark) und der Verpflanzungsbeitrag 27073 Mark (wie i. V.) erhalten, 8% (6%) Dividende auf die Vorrechteaktien und 6% (2%) auf die Stammaktien sowie 10502 Mark als Gewinnanteile usw. verteilt werden. Bei einem Grundkapital von 1800000 Mark Stammaktien und 1800000 Mark Vorrechtsaktien stehen die Anlagen der eine Kammgarnspinnerei betreffenden Gesellschaft mit 3124366 Mark (3249723 Mark) zu Buch. Die Vorräte wurden mit einem Werte von 3716824 Mark (3323187 Mark) angesetzt. In Bar und Wechseln waren 157180 Mark (74048 Mark) vorhanden. Während bei Schuldner 1355241 Mark (1631975 Mark) ausstehen, hatten Gläubiger 3977587 Mark (4633174 Mark) zu fordern.

Bremer Jute-Spinnerei und Weberei, A.-G., zu Gemelingen bei Bremen.

Die der Rechenhaftsbericht für das Geschäftsjahr 1905 anführt, liegen zwar die Preise für Rohjute fortgesetzt, aber gleichzeitig zogen auch die Preise der Erzeugnisse im In- und Auslande an, und die Nachfrage war so lebhaft, daß die vermehrte Erzeugung der Gesellschaft gütlichen Abhelfen konnte. Wenn man auch durch den Einfluß des Verbundes deutscher Jute-Industrieller die Preise der Erzeugnisse auf eine entsprechende Höhe steigern wird, wäre doch im Interesse einer leichteren Absatzmöglichkeit der Erzeugnisse die Minderer normaler Preise wünschenswert, da bei den jetzigen Preisen die Einfuhr nicht so reichlich fließen, wie es sonst wohl der Fall wäre. Die Erzeugung betrug 422090 (377811) kg Garn, 10315324 (9143282) m Gewebe und 1050459 (1065549) Stück Sade. Nach 10075 Mark (60145 Mark) Abschreibungen ergab sich ein Reingehalt von 216730 Mark (142362 Mark), wozu die Rücklage 11541 Mark (10000 Mark) erhalten, 12% (8%) Dividende auf 1350000 Mark Grundkapital sowie 39425 Mark (22838 Mark) Gewinnanteile und Beschreibungen verteilt und 3761 Mark (1524 Mark) vorgetragen werden. Nach Genehmigung dieses Rechenhafts durch die Generalversammlung erließ eine weitere Rechnung in der Vermögensübersicht mit 1 Mill. und die laufende Rücklage mit 10000 Mark. Die Vorräte an Rohjute, fertigen und halbfertigen Waren wurden mit 331604 Mark

(291618 Mark) bewertet. Die Außenstände setzten sich aus 144079 Mark (841292 Mark) Darlehen, 228691 Mark (162370 Mark) Forderungen in laufender Rechnung zusammen, denen 119880 Mark (116357 Mark) schwebende Verbindlichkeiten gegenüberstehen. Am Schluß des Jahres war die Gesellschaft noch auf mehrere Monate mit Aufträgen versorgt, für die der Rohstoff zu vortheilhaftigen Preisen gebucht ist. Die Geschäftslage bezeichnet der Vorstand zurzeit als befriedigend.

Schiffbet.

Der Streit auf der Norddeutschen Jute-Spinnerei und Weberei ist nach fünfjähriger Dauer beendet. Ursache und Verlauf sollen heute etwas näher beleuchtet werden. Nicht allein das Verhalten der Direktion, sondern besonders die Handlungsweise der Leitung des „freien“ Fabrikarbeiterverbandes forderte die schärfste Kritik heraus. Seit längerer Zeit häuften sich die Klagen der Arbeiter über schlechten Verdienst. Dazu wurde auch über den Spinnmeister besonders geklagt. Dieser Herr konnte es nicht fertig bringen, seine Untergebenen aus nur in etwa vier Menschen zu behandeln. Die Arbeiter hatten dann eine Versammlung veranstaltet, in welcher die Verhältnisse besprochen wurden. In dieser stellte sich aber auch heraus, daß nur ein Sechstel sämtlicher Arbeiter organisiert waren. Es wurde daher beschlossen, für die einzelnen Abteilungen besondere Besprechungen abzuhalten, um mehr Klarheit zu bekommen. Die Besprechungen sollten dann zusammengefaßt der Direktion unterbreitet werden. In der Zwischenzeit sollte dann auch agitiert werden, damit möglichst alle Arbeiter organisiert seien. Obwohl in dieser, als auch in den folgenden Versammlungen wurde von dem Vertreter des „freien“ Fabrikarbeiterverbandes immer mit dem großen Verbandsvermögen gepörrt. Ungefähr eine halbe Million lei in der Kasse.

Es haben dann mehrere Versammlungen stattgefunden und sind denn auch der Direktion die Forderungen überreicht. Anstatt daß diese nun Entgegenkommen zeigte, wurde eine Veränderung der Arbeitszeit vorgeschlagen. Außerdem sollte die Pünktlichkeitsprämie von 50 Pfg. auf 80 Pfg. pro Woche erhöht werden. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und stellten die Spinner und ein Teil der anderen Arbeiter am Freitag, den 25. Mai plötzlich die Arbeit ein. Daraus wurden auch die übrigen Arbeiter entlassen. Abends fand eine große Versammlung statt, an welcher auch der zufällig anwesende Bezirksvorsitzende Camps teilnahm. Die Freien hatten immer die Leitung in Händen und wurde das Antworthreiben der Direktion einer gründlichen Kritik unterzogen, besonders die Behauptung, es würden die höchsten Akkordlöhne in ganz Deutschland gezahlt. Dieses wurde besonders von unserm Bezirksvorsitzenden zahlmäßig widerlegt. Von ihm wurde aber auch offen erklärt: Unsere beteiligten Mitglieder erhalten Unterstützung, für die unorganisierten geben wir aber keinen Heller. Von verschiedenen Seiten wurde gefordert, man solle und müsse die Unorganisierten mit unterstützen. Dabei waren 1100 Unorganisierte, Organisierte 250. Davon im freien Fabrikarbeiterverband 160 und bei uns circa 90. Der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes sagte aber den Unorganisierten auch nicht zu. Es wurde dann in anbetrach der Verhältnisse beschlossen, die Gemeinbeteiligung um Besetzung zu erwirken. Dieses ist dann auch geschienen und haben einige Herren mit der Direktion verhandelt. Das Resultat wurde in der Versammlung am Montag nachmittag mitgeteilt. Eine Lohn-erhöhung wurde abgelehnt. Dahingegen wollte die Direktion, um die Gesetzmäßigkeit der Arbeiter zu fördern, diejenige eine Weisheitslosigkeit-Lage gewähren, und zwar sollten die Arbeiter, welche ein halbes Jahr zu Weihnachten auf der Fabrik gearbeitet haben, dann einen halben Wochenlohn extra ausbezahlt erhalten, diejenigen, welche ein Jahr lang auf der Fabrik arbeiten, einen ganzen Wochenlohn und diejenigen, welche mindestens zwei Jahre auf der Fabrik tätig sind, den anderthalbfachen Wochenlohn. Außerdem sollte die Direktion nach Wiederaufnahme der Arbeit mit der Lohnkommission die Lohnverhältnisse der einzelnen Abteilungen revidieren und vielleicht regulieren. Dieser Vorschlag wurde aber wieder abgelehnt, aber auch beschloßen, am Dienstag nochmals mit der Direktion zu verhandeln. Nicht unerwähnt wollen wir hier lassen, daß in dieser Versammlung ein Genosse den Mut hatte, in unverschämter Weise über unsern Verband loszusprechen. Hätte derselbe gehört, was am nächsten Tage der Fabrikarbeiterverband machen würde, wir glauben, dann hätte er diesen mit solchen Ausführungen bedacht.

Am Dienstag wurde dann nochmals verhandelt und hat die Direktion zu Obigem noch hinzugefügt, sie würde für den Fall, daß am Mittwoch morgen zu den von ihr gemachten Bedingungen die Arbeit aufgenommen würde, für die Tage, an welchen nicht gearbeitet wurde, allen Arbeitern den Lohn zahlen. Am Dienstag nachmittag fand wieder Versammlung statt. In geheimer Abstimmung wurde aber auch jetzt der Vorschlag der Direktion mit 344 gegen 333 Stimmen abgelehnt, trotzdem auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes aus Hamburg die Annahme empfohlen hatte. Kollege Camps bebauerte auch den ablehnenden Beschluß wegen der vielen Unorganisierten, erklärte aber nochmals, unsere Mitglieder würden volle Unterstützung erhalten. Die Verbandsleitung des Fabrikarbeiterverbandes hatte bis dahin dem Fikalleiter noch gar keine Antwort geschickt, so wurde verständlich zum diesem erklärt. Als aber der ablehnende Beschluß gefaßt war, da geschah das Unglaubliche: Nicht allein, daß der Fikalleiter erklärte, wir lehnen nun jede Verantwortung für die Folgen ab, sondern es wurde weiter erklärt: auch unsere Mitglieder erhalten keine Unterstützung. Darob allseitige Entrüstung. Die Spinnerinnen, die zum größten Teil in diesem Verbande organisiert waren, verließen demonstrativ den Saal. Es war mit der Ruhe zu Ende. Den Arbeitern ging eine Leuchte auf. Erst große Verbandskassen, großes Vermögen und dann keine Unterstützung. Verbandsbücher wurden zerrissen und mancher recht herbe Ausdruck ist gefallen. Am nächsten Morgen gingen viele zur Arbeit, aber die Spinner schloßen fast alle. In den Wirtschaftsdrehte sich das Gespräch nur um das Verhalten des freien Fabrikarbeiterverbandes. So erklärte der Vorsitzende des freien Metallarbeiterverbandes im Schiffbet: „Nehmen wir ich mich über die Handlungsweise des Fabrikarbeiterverbandes und der will eine moderne Gemerkschaft sein? Der christliche Verband handelt nicht allein nobler, sondern auch“

Müger. Die Dummheit des Fabrikarbeiterverbandes läßt den christlichen Verband diesen Erfolg einheimsen. Hieraus ist dieses erwidert: Die Christlichen hatten, was sie versprochen, weil sie wirkliche moderne Gewerkschaftler sind.

An dem Morgen kam auch endlich ein Beamteter des Fabrikarbeiterverbandes aus Hamburg nach Schiffel, um im Auftrag des Verbandsvorstandes die Angelegenheit zu prüfen... Dieser meinte ganz naiv: Die Textilarbeiter gehören ja gar nicht in unseren Verband... Wollte die Beiräte werden angenommen... Wollten sollen erfüllt, aber keine Rechte erworben werden...

Der Zentralverband des freien Fabrik- und Transportarbeiterverbandes unter der Kante des Obergewerkschaften Bebel.

In Annweiler, einem Fabrikstädtchen in der Rheinpfalz, haben sich die Arbeiter vor kurzem ein Emailierfabrik fast vollständig dem sozialdemokratischen Fabrik- und Transportarbeiterverband angegeschlossen. Ihre mehr als traurige Lage veranlaßte sie nun vor kurzem, in eine Lohnbewegung einzutreten, ohne daß ihnen von dem Hauptverband des genannten Verbandes die Genehmigung hierzu erteilt worden war. So schreibt jetzt wenigstens die sozialdemokratische Presse, die die betr. Arbeiter für den Streik, der für sie verloren ging, allein verantwortlich macht.

Dieses Vorwissen zeigt, wie sehr die sozialdemokratische Parteikarte über den freien Gewerkschaftsführern geschwungen wird. Alle Versuche der streikenden Arbeiter, eine Unterstützung zu bekommen, scheiterten an dem Widerstand des Hauptverbandes.

Nicht unerwähnt soll auch die Haltung der sozialdemokratischen Pfälzer Post bleiben. Dieselbe schreibt in ihrer Nummer 107 vom vergangenen Mittwoch folgendes: Die Lohnbewegung der Emailierarbeiter Annweiler's mußte angesichts der schweren Kämpfe, die sich gegenwärtig im Auftrag der Eisenarbeiterbewegung abspielen, darauf die ganzen Kräfte konzentriert werden müssen, abgebrochen werden.

Am sind wir auch von dieser Seite verraten, jammerten sie. Denn es war kein Beschluß seitens der streikenden Arbeiter gefaßt worden, wonach die Arbeit aufgenommen werden sollte.

Diese Vorgänge zeigen der Arbeiterschaft an besten, wie tief einerseits die freien Gewerkschaften unter die politische Parteijugelt gesunken sind, andererseits aber auch, wie notwendig die christlichen Gewerkschaften sind. Diese haben noch immer so gehandelt, wie sie es im Interesse der Arbeiter tun mußten, ohne auch nur die geringste Rücksicht nach der einen oder anderen Seite zu nehmen.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Eine Krise im „deutschen“ Metallarbeiterverband.

In eine kritische Situation ist der deutsche Metallarbeiterverband, die größte „freie“ Gewerkschaftsorganisation, geraten. Massenaustritte sind infolge der verunglückten Raiffeisen im Betriebe der U. G. S. in Berlin, sowie in Oberkassel verurteilt. Außerdem schwebt bekanntlich gegen zahlreiche Mitglieder des Ausschlußverfahren wegen Nichtbeachtung der Raiffeisenbeschlüsse. Nun haben die Hochlager ebenfalls dem Verband die Freundschaft gekündigt.

Die Veranlassung nimmt Kenntnis von dem Stand der Differenzen zwischen der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes und anderer Verbände und beschließt: In Anbetracht der Tatsache, daß die Verhandlungsinstanzen des deutschen Metallarbeiterverbandes fortgesetzt partiell gegen uns handeln und seit dem 30. Mai 1906 für unsere Branche ein förmliches Annahmegesetz besteht, ferner, daß der Beschlüßmäßigkeit Cohen, trotzdem er wiederholt öffentlich als unparteilicher Schlichter ausgesprochen ist, nach heute mit Zustimmung der Verwaltung in seinem Amte ist — mit kurzen Worten, daß, wie wir erfahren haben, Gerichtigkeit und Wahrheit keine Stütze in der Berliner Ortsverwaltung mehr haben, so beantragen wir unsere Auftragskommission, die Vorarbeiten zur Gründung eines neuen Metallarbeiterverbandes mit dem Sitz in Berlin in die Wege zu leiten.

Gleichzeitig wird dem „Hannov. Cour.“ aus Hannover berichtet, die Differenzen im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband hätten sich zu vertieft und seien allmählich soweit gelaufen, daß, wenn die jetzige Verwaltung bleibe, ein Massenaustritt sicher sei.

Was sagen hierzu die sozialdemokratischen Schreiber, welche unsern Verbande sein nächstes Ende in Aussicht stellen, weil derselbe in München 165 Arbeiter wegen ihres statutenwidrigen Verhaltens aus dem Verbande ausschloß? Willen die Herrschaften doch nur auch vor ihrer eigenen Türe stehen. Der Dreck liegt doch da hausentweie.

Freie Gewerkschaften und sozialdemokratische Partei.

Der „Zimmerer“, das Organ des freien Zimmererverbandes, gibt in seiner neuesten Nummer vom 26. Mai offen zu, daß die sozialdemokratischen Parteihäuptlinge darauf hinarbeiten, die gewerkschaftlichen Verbände in politischer Kampfesorganisationen mit einheitlicher Leitung hinüberzuführen. In einer Polemik mit dem „Vorwärts“ schreibt er u. a. wie folgt:

Der „Vorwärts“ setzt sein skandalöses Spiel fort — er wird es wohl müssen! Er stellt sich während über unsern Widerstand in den Gegenkesseln und läßt, wie es seine Methode ist, dabei die Hauptsache, um die es sich handelt, unter den Tisch fallen. Ja, lieber „Vorwärts“, es handelt sich um die unglückliche Idee: Verführung der gewerkschaftlichen Organisationen in politische Kampfesorganisationen mit einheitlicher Leitung und unbeschränkter Solidaritätspflichtigkeit. Hier ist Rhodus, hier tanzel! Nur keine Zauderei!

Hier hat ein Gewerkschaftsorgan eines freien Verbandes einmal den Mut, offen Farbe zu bekennen, frei zu sprechen, wofin der Karren laufen muß. Wie mächtig nehmen sich gegen den „Zimmerer“ manche andere Organe der freien Gewerkschaften und besonders die Bergarbeiterzeitung „aus! Diese fällt noch immer von Einigung und einem einheitlichen Bergarbeiterverband, obwohl sie ebenfalls unter derselben Fuchtel steht, wie der „Zimmerer“. Wie groß diese Fuchtel aber schon ist, und wie sie vom Obergewerkschaften Bebel geschwungen wird, zeigt folgender Vorfall: Eine süddeutsche Zahlstelle des freien Transportarbeiterverbandes war in den Streik getreten, und der Verband weigerte die Zahlung der Streikunterstützung. Kurz entschlossen führten zwei Mitglieder der Zahlstelle nach Berlin zu Bebel, der Parteigewaltige hörte sie an und versprach, der Leitung des Verbandes einen „Wint“ zu geben.

tariffverträge mit Heimarbeitern.

Man schreibt uns: In der Schirm-Industrie in Königberg ist zwischen den Heimarbeitern der beiden Großfirmen: M. Mathias u. Co. und Raabow u. Freudenberg auf Veranlassung und unter Mitwirkung der Hauptvorstände des Gewerkschaftsverbandes der Heimarbeitern Deutschlands, Fr. Behm aus Berlin, ein Tarifvertrag auf drei Jahre geschlossen worden. Dieser erfreuliche Vorgang ist besser geeignet, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern als Lohnkämpfe,

selbst, wenn sie dieselbe starke Lohnerhöhung durchgesetzt hätten wie hier. Das friedliche Verhandeln dürfte übrigens in Deutschland der erste energische Schritt auf dem anzustrebenden Wege sein, mit der bereits bestehenden gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeitern durch gemeinsame Verhandlungen der Lösung der Heimarbeitfrage ein gut Teil näher zu kommen.

Ein gesunder Alter.

Wie die „Cotton Factory Times“, das Organ der englischen Textilarbeiter-Organisationen, berichtet, lebt in England ein 100-jähriger Handweber namens Matthew Fowles, der seinen Unterhalt noch als Weber auf dem Handstuhl verdient. Bervorts 90 Jahre soll er sein Handwerk betrieben haben. Zu seinem kürzlich gezeigten hundertsten Geburtstage sind seine Kinder aus allen Teilen der Welt zusammen geeilt, um den seltenen Festtag mit ihrem Vater zu begehen. Unter diesen befand sich auch ein Sohn, welcher Parlamentsmitglied in Neu-Seeland ist.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreiigkeiten.

Der Bericht in Nr. 19 unseres Organs über die Bewegung bei Gebr. Junkers scheint bei den „Deutschen“ Aufregung hervorgerufen zu haben. Ungefähr zwei Spalten werden demselben in Nr. 21 des „Textilarbeiter“ als Widerlegung gewidmet. Bei dieser Gelegenheit wird aber den bösen Christlichen auch die ganze Schuld an der Niederlage zugeschoben. Besonders schön es unangenehm empfunden zu sein, daß wir berichteten mußten, daß die „Deutschen“ die Streikbrecher gestellt hätten. Es wird dies damit entschuldig, daß diese noch nicht lange organisiert gewesen seien. Eine solche Entschuldigung hat man bei anderen Anlässen von dieser Seite niemals gelten lassen, dann hieß es nur Streikbrecherorganisation. Um den Christlichen Verband als solchen zu stigmatisieren, führt der Artikelreiber Nachen. Es scheint, daß derselbe im gewerkschaftlichen Leben noch wenig Erfahrungen gesammelt hat, sonst würde er wissen, daß nicht immer die Belegschaften über die Beendigung von Streiks zu entscheiden haben. Wie war es in Thüringen, wo schon durch die Presse bekannt gemacht und tausende Flugblätter zum Verteilen vorlagen, ehe die Beendigung von den Beteiligten beschlossen war. Beigt dieses nicht klar, daß die Leitung den Streik beendigte und nicht die Streikenden. Um die Sache in ein anderes Licht zu rufen, sucht der Artikelreiber jetzt die Kettenstreiker als diejenigen hinzustellen, die den Christlichen zu größter Schande gerieten. Ob diese in Wirklichkeit Streikbrecher sind, entzieht sich unserer Beurteilung, denn, wenn sie nicht ihr Wort für den Streik gegeben hätten, könnten sie es auch nicht brechen, also bitte dies mal zuerst festzustellen. Andererseits ist aber dem Artikelreiber die Anwendung gegeben worden, welche, die an den Webstühlen, aus dem Werk den Arbeitnehmer, dieses war nur das einzige Mittel, das dem Verbands zur Verfügung stand. Auch bezüglich der Beendigung des Streiks sucht der Artikelreiber nach berühmtem Muster zu verächtlichen. Für denjenigen, der in die Bewegung nicht eingeweiht, könnte hier die Frage auftauchen, ob der Streikende Landwehr von einem Führer der Christlichen zu Aussagen beauftragt worden wäre?

Denn einmal etwas wider besseres Wissen angenommen werden kann, so muß dies in diesem Falle geschehen, denn, daß kein Auftrag vorgelegen haben kann, wird auch dem Artikelreiber nicht unbekannt geblieben sein, denn auf dem Streikbureau ist eine Meldung eingegangen, worauf Landwehr als Mitglied des Streikkomitees angeblich zur Fabrik gegangen ist, aber Landwehr gehörte zu den Christlichen. Wie war es aber mit einem andern, dem Ausschlußmitglied Hohner? Dieser war mit noch zwei Beauftragten worden, den Bürgermeistern über die Verhältnisse zu orientieren. Warum hat dieser das Schreiben, welches ihm vom Bürgermeister zugegangen, den Beteiligten aus einer Versammlung nicht zur Kenntnis gebracht? Nach dem Inhalte zu schließen, lautete: „Mit Bezug auf die wiederholt stattgehabten mündlichen Besprechungen teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die Firma Gebr. Junkers hier endgültig erklärt hat, sich die Entscheidung über die wieder einzustellenden Arbeiter selbst vorbehalten zu müssen. Könnte man leicht geneigt sein, daß dieses auf Veranlassung seines Verbandes geschehen sei, denn es ist doch nicht anzunehmen, daß ein Mitglied des „deutschen“ Verbandes seinem Vorsitzenden von einem solchen Schreiben keine Kenntnis gibt.“

Die Kritik, die man an den Christlichen üben will, können diese ganz gut aushalten. Gemeinsame Sammelzeiten sind bei diesen laut Statut ausgeschlossen, werden auch von den „Deutschen“ nirgendwo beantragt werden, wo sie nicht ein Geschäft zu machen hoffen. Ebenso werden gemeinsame Versammlungen in Zukunft noch seltener stattfinden. Mit dem System, für die Mitglieder unseres Verbandes besondere Versammlungen abzuhalten, wird nicht gebrochen werden, wenn es den Artikelreiber auch nicht gefällt. Es kann ihm auch verraten werden, daß es gerade die „Deutschen“ waren, die diese famose Idee zuerst angewandt haben, trotzdem man in Rheintal und auch anderswo sich sichtlich mit ihr befremden kann, also wenn zwei dasselbe tun, so ist es wohl nicht dasselbe. Eine weitere Verdächtigungen wird den andern dann noch wegen der Firma Winzards Capitel u. Gießen beigelegt. Hier leitete der christliche Verband eine Genehmigung zur Kündigung ab. Weil Hermes erklärt haben soll: „wir haben kein Geld“, soll nun Herr Capitel tüchtig für den christlichen Verband agitieren. Will der Artikelreiber nicht auch angeben, wer Herrn Capitel hierzu den Auftrag erteilt hat? Oder sollten es andere Ursachen sein, welche demselben die Sympathien für die „Deutschen“ verleidet haben. Ehrenzeiten sind es nicht unglücklich, wenn Mitglieder derselben die Wände der Fabrik bemalen und auf eine Zurückweisung dann einen Eimer Kalk mitbringen und die Wände fällen. Auch eßt es keinen selbstbewußten Genossen, wenn er in einem Betriebe eine Bewegung mit geschürt und dann aufführt, dem Direktor schon morgens vor 7 Uhr aufpaßt und wieder um Einstellung anhält, trotzdem es ihm nicht unbekannt war, daß die Verbandsvertreter am selben Tage bei der Firma vorjünglich werden sollten. Ein solches Verhalten ist auch nicht geeignet, einem Unternehmern Achtung vor einer Organisation einzuschärfen, ebenso wenig das Schmeicheln des Herrn Ruch, welches den Arbeitern mehr geschadet als genützt hat.

Wie bereits im vorigen Bericht mitgeteilt, fand am 15. Mai (Dienstag) eine Sitzung der Lohnkommission statt, in welcher die Forderungen endgültig festgesetzt wurden. Am 17. Mai hatten beide Gewerkschaftsvorstände eine Sitzung, in welcher die Forderung schriftlich formuliert wurde.

Die Lohnkommission wurde am Freitag, den 18. Mai, nachm. 4 Uhr, bei der Direktion vorstellig und überreichte die Forderung mit der Bitte um Antwort bis zum 25. Mai. Der Herr Direktor Neubauer antwortete der Kommission, daß es nicht so schnell ginge, wie sie meinten, die Zeit sei zu kurz. Er befiel sich aber gleich und meinte, es seien noch acht Tage Zeit und sie könnten schon am Mittwoch den 23. Mai Antwort haben. Alles bewilligen könne er nicht, aber was sich tun ließe, wolle er tun.

Am 23. Mai, nachm. 5 Uhr, ließ der Direktor den Arbeiterausschuß (nicht die Lohnkommission) rufen und überreichte demselben ein Antwortschreiben auf die gestellte Forderung, welches er auch dem Ausschuß vorlas. Dasselbe hat ungefähr folgenden Inhalt: Die Firma sei nicht in der Lage, eine allgemeine Lohnerhöhung vorzunehmen, da sie ohnehin schon die höchsten Marktsätze in ganz Deutschland bezahle und dieselben in den letzten 15 Jahren um 33 1/2% gestiegen seien. Die Direktion machte seiner des Vorschlag, die Arbeitszeit zu ändern, daß wöchentlich 58 Stunden gearbeitet würde und die Arbeiter mehr verdienen könnten. Auch solle die Pünktlichkeitsprämie von 50 Pf. auf 80 Pf. erhöht werden. Eine Bemerkung, die Forderung besseren Materials betreffend, war in der Antwort nicht zu finden. Der Direktor entließ den Arbeiterausschuß mit dem Bemerkten, obiges den Arbeitern bekannt zu geben, welches auch geschehen ist. Zum Schluß wurde in dem Antwortschreiben noch gesagt, daß die Lohnkommission der Direktion schriftlich Mitteilung machen möge, ob die Arbeiter mit dem Vorschlag der Direktion einverstanden seien.

Am Freitag, den 25. Mai erhielten die Arbeiter Kenntnis von dem Antwortschreiben der Direktion, wodurch die Gemüter noch mehr erregt wurden wegen der ablehnenden Antwort. Die Folge davon war, daß der größte Teil der unorganisierten Arbeiter am Montag desselben Tages die Arbeit niederlegte. Da der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden konnte, wurden die übrigen Arbeiter entlassen, resp. nach Haus geschickt.

Infolge dessen wurde selbigen Tages eine öffentliche Versammlung der Gute-Arbeiter und Arbeiterinnen abgehalten. In dieser Versammlung wurde nun der Beschluß gefaßt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Direktion wenigstens etwas bewilligt habe. Mit der Erhöhung der Pünktlichkeitsprämie ist niemand einverstanden, ebensowenig mit der vorgeschlagenen Arbeitszeitveränderung. Außerdem wurde beschlossen, unter Hinzuziehung der Gemeindevorstellung, des Coll. Camps und der Lohnkommission eine Einigung auf friedlichem Wege zu versuchen. Nach einer lebhaften Debatte wegen Unterstützung der Unorganisierten, und nachdem die Arbeiter unter Hinweis auf die strengen Strafen zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Auf Anregung des Kollegen Camps wurde am Sonntag, den 26. Mai eine Mitgliederversammlung abberufen, in welcher Kollege Camps die Verhaltensmaßregeln bekannt machte und zu größter Ruhe und Besonnenheit ermahnte. Außerdem wurde der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsartells, Kollege Bogler angewiesen und ermahnte die Anwesenden zum möglichen Enthalten des Alkohols während der Zeit der Aussperrung und des Streiks. Dann wurde eine Streikkommission von sechs Personen gewählt, welche abwechselnd von 9—11 Uhr vormittags zur Streikkontrolle anwesend ist im Vereinslokal W. Wohlmann.

Laut Beschluß finden wöchentlich, während des Ausstandes, 2-3 Mitgliederversammlungen statt, in welchen sämtliche Mitglieder zu erscheinen haben. Jedes Mitglied, welches ausgespart ist, hat sich jeden Sonntag, vormittags zwischen 9—11 Uhr bei der Streikkommission zwecks Kontrolle zu melden. Weitere Berichte folgen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Nachen. Unter überaus zahlreicher Beteiligung unserer Mitglieder tagte am 16. Mai unsere Generalversammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab ein Mitglied des Vorstandes einen längeren Bericht über die Vorkommnisse in der letzten Zeit. Eingehend schilderte derselbe die Bewegung bei der Firma Meyer und die hierdurch hervorgerufene Aussperrung der gesamten Nachener Textilarbeiter. Durch die Begleiterscheinung dieser großen Bewegung sei ganz besonders unseren „guten Freunden“ der Raum gemaltig geschmolzen. Was die „Genossen“ in ihren Demos als selbstverständlich und zur Disziplin gehörig, bezeichnen, das gilt hier in Nachen als „Arbeiterverrat“. Die tollsten Sprünge erlaubt sich jedoch das „Nachener Sagenblatt“, die „Rheinische Zeitung“. Schrieb sie doch in einer ihrer jüngsten Nummern, daß ganze Ortsgruppen sich vom christlichen Verbande losgesagt hätten. Sammler, Unterfänger, Zeitungsträger usw. hätten ihr Amt niedergelegt. Man war in jenem Nachen schon so weit gekommen, daß man glaubte, auf den Trümmern des christlichen Verbandes die „Klassenkampfpartei“ aufzurichten zu können. Natürlich war auch hier der Wunsch der Vater des Gedankens. Das sich Mitglieder abgemeldet haben, ist bedauerlich, aber eine freie Begleiterscheinung bedingter Bewegungen. Der stetig wachsende Einfluß der großen Arbeiterbewegungen wird auch diesen Leuten die Augen schon öffnen. Im übrigen können wir der „Rheinische“ bezw. ihrem Berichtserfasser vertragen, daß diese Scharte wieder weitgemacht ist durch eine Anzahl Neuaufnahmen. Daß das Sagenblatt unsere Vertrauensleute verdächtigt, ist leicht begreiflich. Kennen doch die Nachener „Genossen“ unsere Vertrauensleute von den einzelnen Fabriken her und wissen nur zu gut, was ein tüchtiger Stamm eifriger Vertrauensleute für die Organisation bedeutet, daher diese Anrempelung. Von den 60 Vertrauensleuten, welche unsere Ortsgruppe besitzt, haben ganze 2 ihr Amt niedergelegt. Einer derselben ist mit einer bekannten Klique zum Hirsch-Dunderbüschen Gewerbeverein übergetreten, der zweite arbeitete bei Meyer und mußte daher sein Amt niederlegen. Die übrigen alle, das mag sich die „Rheinische“ gesagt sein lassen, stehen nach wie vor treu und fest zum Verbande und seiner Führung.

In der nachfolgenden Diskussion wurde seitens der Mitglieder besonders gernäntelt, in Zukunft...

großen Bewegungen aus den einzelnen Bezirken einige Kollegen zu den Sitzungen des Zentralvorstandes hinzu zu ziehen, weil dieselben die Situation durch die Erfahrungen am Orte selbst besser bekannt seien. Auf die gestellten Fragen wurde bereitwillig Auskunft erteilt.

Sehr viel bekämpft und verächtlich waren während der jüngsten Bewegung die Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes. Vereinzelt hatte man die Kollegen aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Durch diese Vorlesung wurde veranlaßt, hatte der Vorstand beschloffen, in corpore sein Mandat niederzulegen und der Generalversammlung eine Neuwahl zu empfehlen. Dasselbe hat auch statutenmäßig stattgefunden und wurden in gleicher Wahl alle bisherigen Kollegen wieder in den Vorstand gewählt.

Aufgabe unserer Mitglieder ist es, für die Folge mit unerschütterlicher Treue zu den von ihnen gewählten Kollegen zu stehen und mit klarem Blick und besonnener Ruhe derartigen Situationen, wie der gegenwärtigen, in die Augen zu sehen. Unsere Gegner haben uns von jeher bekämpft und werden es auch in Zukunft tun, weil unsere Prinzipien grundsätzlichen von den ihrigen sind. Wenn jedoch Mitgliedlichkeit und Führung einmütig arbeiten, werden noch manche Erfolge für die gesamte wackeren Arbeiterschaft errungen werden. Mit diesem Wunsch unserer Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß.

Augsburg. Am 23. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Generalsekretär Geier hielt ein Referat über die Wichtigkeit eines Sekretariats und die weitere Agitation für Bayern. Der Referent wies hin auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die der christlichen Bewegung im besonderen. Die christlichen Gewerkschaften seien heute ein gewaltiger Faktor geworden, mit dem nach allen Seiten hin gerechnet werden müsse. Auch in Bayern sei die beste Aussicht vorhanden, daß der christliche Gewerkschaftsgebäude sich mehr und mehr Bahn breche und speziell auch unser Verband sich überall Eingang verschaffe. Alle Anerkennung sprach der Referent denjenigen Mitgliedern aus, die seit Jahren unserem Verbands angehört und treu ausgehalten haben. Und nun sei durch den Zentralvorstand für Bayern eigens ein Sekretariat errichtet und als Sitz desselben Augsburg bestimmt worden. Dieses Entgegenkommen sei gewiß dankbar anzuerkennen, speziell die Ortsgruppe Augsburg habe ja den größten Nutzen davon und erklärte Redner, auf welche Weise der Arbeiterkampf in allen Stufen des Arbeitsverhältnisses gewonnen werden könne. Dieses müsse auch dazu beitragen, daß die Ortsgruppe Augsburg von jetzt ab weiter ausgebaut werde, dabei sollen aber besonders die einzelnen Mitglieder eifrig mitwirken, um alle diejenigen Textilarbeiter und Arbeiterinnen unserem Verbande zuzuführen, welche auf christlich nationalem Boden stehen. In der Diskussion sprach Kollege Striebl anschließend an die letzten Worte des Referenten und ermunterte die Anwesenden zu tüchtiger Mitarbeit für die weitere Agitation. Des weiteren sprach noch Kollege Lang, Sekretär des hiesigen Ortsverbandes, beherzigenswerte Worte zwecks Förderung unserer Arbeiterfrage in kommunaler und gesellschaftlicher Hinsicht. Gerade auf diesem Gebiete gehe den christlichen Arbeitern noch ein großes Feld offen, aber jetzt, nachdem auch freie Kräfte derselben zur Verfügung ständen, müsse es ein leichtes sein, mehr als wie bisher vorwärts zu kommen. Ein Antrag, daß die Versammlungen Samstag abends abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Deshalb rufen wir allen Mitgliedern zu: Beachtet fleißig die Versammlungen, dieselben werden jetzt immer interessanter werden. Beachtet auch immer Unorganisierte mit.

Wend. Am 28. Mai fand hier eine vom Referenten, Kollegen Sittlich, emserrnente Mitgliederversammlung statt. In derselben sprach Kollege Sittlich zuerst über das Zweijährsystem und wies in seinem Vortrage nach, wie der Verband resp. die Leiter derselben, sich alle Mühe geben haben um dasselbe von Nachen fernzuhalten. Redner sprach dann noch die getrockneten Abmachungen am Schiedsgericht und erläuterte dieselben in eingehender Weise. Dann folgte ein weiterer Vortrag die Ausprägung in Nachen und ihre Lehre. Kollege Sittlich schloß seine Rede mit dem Verlangen der Bewegung bei der Firma Meyer, damit der Verlauf der Verhandlungen mit derselben und weiter das Verhalten des Arbeitgeberverbandes und die Ausprägung sowie das Verhalten unserer Mitglieder von der Belegschaft Meyer. Referent für Klütgen beleuchtete in trefflicher Weise das Verhalten der Genossen bei dieser Bewegung, was überhaupt das Treiben derselben im hiesigen Bezirk. Nach der lebhafte Diskussion, welche sehr anregend wirkte, erhielt Kollege Sittlich das Schlusswort. Nach einem kurzen Rückblick auf den Verlauf der Versammlung, wurde dieselbe geschlossen.

Wocholt. Am 24. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine allgemeine Arbeiterinnenversammlung ab, die gut besucht war. Das Referat hatte Kollege Krosen aus Krefeld übernommen. Derselbe vertrat es im wohlwollendsten Maße, worin er die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen darlegen konnte. Nach den Anweisungen von der Notwendigkeit unserer Organisation zu überzeugen. Der folgende Redner, Kollege Lang, kündete an das Referat an und zog die Schlussfolgerungen daraus für die hiesige Arbeiterinnen. Neben Redner wurde lebhafter Beifall geleistet. Nachdem noch eine Reihe Anfragen gemacht waren, wurde die Versammlung nach einem Schlusswort des Referenten geschlossen.

Wocholt. Mit unserm Artikel in Nr. 21 unseres Verbandsorgans haben wir bei den hiesigen „Genossen“ in ein richtiges Bewusstsein gebracht. In der letzten Nummer unser Verbandszeitung erhielt eine einflussreiche Mitteilung über die „kommunen christlichen, christlichen Kameraden“, die „generelle Gesellschaft der Kameraden“, wodurch für uns am besten der Beweis geliefert wird, daß unsere Behauptungen zutreffend sind. Zunächst noch auch gar nicht der Versuch gemacht, zu behaupten, daß ein Verbandsmitglied dieses Verbands den Streikbruch als Mittel gegen die Taktik der Christlichen empfohlen hat. Nur wird eine solche Behauptung als „höherlich“ bezeichnet. Es muß wenig um die „Deutschen“ bestellt sein, wenn sie um eine Position gegen die Christlichen zu verteidigen, ihre eigenen Verbandsmitglieder der Scharflichkeit preisgeben. Und nicht nur dies, auch den Vorsitzenden des „freien“ Gewerkschaftsverbands man höherlich, denn auch er empfahl den Streikbruch als Kampfmittel gegen unsere Verbands. Trefflich ist die Darstellung, womit

sie ausplaudern, wie sie uns an der Werbung neuer Verbandsmitglieder hindern wollten. Ihr Geiste sieht uns der Artikelschreiber schon auf den letzten faulen Kräften umherkriechen. Die Bewegung gleicht einem Strohfeuer, das bald ganz erlöschen wird. Wir können unsern „deutschen Brüdern“ versetzen, daß unsere Ortsgruppe einen Mitgliederbestand erreicht hat wie nie zuvor. Nun kann man es aber nicht gut verlangen, daß wir uns den „Deutschen“ zuliebe in Wohlgefallen auflösen sollen. Interessant ist auch zu hören, daß die Hauptaufgabe des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes am Orte nicht etwa in der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse besteht, sondern als Hauptaufgabe bezeichnet der Artikelschreiber das Vordrängen der Christlichen. Also selbst bleibt man schon im Hintergrunde und läßt den Christlichen die Arbeit machen. Hier wird unumwunden zugegeben, was wir in unserm Verbandsorgan geschrieben: „In den Fabriken, ja da muß man sich nicht, es könnte auch gefährlich werden. Die Vertretung der Arbeiterwünsche überläßt man lieber den Christlichen.“ Wenn wir die Leistung der „Deutschen“ hier am Orte richtig bewerten wollen, so müssen wir sagen: Schimpfen auf die Christlichen ist praktische Leistung für die Arbeiterfrage Vb. Der Name unserer Zeitung ist uns zu schade, um auf den an und für sich lästlichen Artikel der „Deutschen“ eine ausführliche Antwort zu geben. Um unsern Mitgliedern den Artikel jedoch nicht vorzuenthalten, werden wir ihn auf der nächsten Mitgliederversammlung zur Verlesung bringen. Dort wird er seine Wirkung nicht verfehlen.

Derichlag. Seit etwa fünf Jahren waren hier keine Arbeiterversammlungen mehr abgehalten worden. Die Einigkeit der Arbeiter des Aggertales, die gewiß unseren Gladbacher Kollegen noch in Erinnerung sein wird, war verschwunden. Am 25. März wurde auf Verlangen mehrerer Kollegen in Niedersejmar eine Versammlung abgehalten und eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Am 20. Mai hielt die christlichen Bergarbeiter in Engelkirchen eine öffentliche Versammlung ab, in der auch viele Textilarbeiter anwesend waren. Vom Kollegen Hamacher wurden Flugblätter und Zeitungen verteilt, und seitens der Arbeiter der Wunsch geäußert, auch bald eine Textilarbeiterversammlung abzuhalten; (etwa 30 Kollegen sind dem Bergarbeiterverbande angeschlossen). Eine gut besuchte Versammlung tagte am 27. Mai in unserm Orte. Nachdem das Wetter sehr regnerisch war, hatte man doch gezeugt, daß der Geist, der einst hier der Arbeiterschaft die Stirn gebot, noch immer nicht verschwand n. r. Die Notwendigkeit der Organisation brauchte hier kaum erwähnt zu werden. Ein Arbeiterfreund, der Redakteur des „Berg. Volkstimmes“, Herr J. Seifen, sprach in überzeugender Weise über: „Die Rechte und Pflichten des Arbeiters.“ Lang anhaltender Beifall lohnte den Redner. Der Vorsitzende, Kollege Hamacher, forderte zur Diskussion auf, welche jedoch nicht beliebt wurde. Sehr ausführlich legte er dann die Leistungen des Verbands klar und verständlich dar in humorvoller Weise mit den Beiträgen und Leistungen beim Entweichen der einzelnen Ortsverbände und forderte die Anwesenden auf, sich wieder dem Verbands anzuschließen. Wenn auch nicht alle dies für nötig fanden, (die Furcht vor Maßregelungen ist hier sehr groß) so traten doch eine Anzahl bei. Nachdem noch eine interne Besprechung stattgefunden, in der ein provisor. Vorstand gewählt und viele Fragen beantwortet wurden, erreichte die Versammlung ihr Ende. Blögen die Kollegen ihr Versprechen halten und tüchtig weiter agitieren, damit der ausgebreitete Samen Frucht bringe für alle Arbeiter des schönen Aggertales und darüber noch weit hinaus.

Ehren. Am 20. Mai hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, welche vom zweiten Vorsitzenden, Kollegen Schmitt, geleitet wurde. Einzelne Bemerkte derselbe, daß der schwache Besuch von sehr ungenügenden Wertes zuzurechnen sei. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erkrankte der Referent, Kollege van Derich, Bericht vom ersten Quart. Der Redner, Kollege Doring, erklärte, Bisher mit Befehl in bester Ordnung gefahren zu haben, worauf dem Redner Entlassung erteilt wurde. Darauf erhielt Bezirksvorsitzender, Kollege Sittlich, das Wort über die letzten Vorgänge in Nachen. Der Referent stellte fest, daß das Doppeljahrsystem nicht länger von Nachen fern gehalten werden konnte, weil an den Orten, wo es eingeführt ist, noch keine Hand gerührt wird, um es abzuschaffen. Da man ganz sicher erwarten konnte, daß die Arbeitgeber bei schlechter Konjunktur daselbst mit Zwang eingeführt hätten, habe man den Zeitpunkt für gekommen erachtet, unter diesen günstigen Bedingungen darauf einzugehen. Die am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen seien zu günstig, daß selbst der „deutsche“ Textilarbeiterverband in seinem Organe dieses zugeben hätte. Aber trotzdem wären die Sozialen im hiesigen Bezirk fleißig an der Arbeit, die Kollegen gegen die Einführung dieser zu machen. Jeder tüchtig denkende Kollege müsse erkennen haben, weshalb die „Genossen“ mit dieser Taktik hinstreuten. Des weiteren beleuchtete der Referent das Vorgehen der Belegschaft J. u. M. Meyer und die allgemeine Ausprägung der Arbeiter. Nach einem kurzen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. Mai im Lokale Saprell tagende Versammlung der Ortsgruppe Ehren nimmt Kenntnis von der letzten Bewegung und erkennt das Vorgehen des Zentralvorstandes als korrekt an und spricht dem Zentralvorstand sein volles Vertrauen aus.“

Nach diesem wurde noch ein Fall behandelt, der sich bei der Firma Dreesmann und Heil in Viersen ereignet hat, wo der Garmentier einer Arbeiter nützlich war. Hiermit wurde die Versammlung mit einem kräftigen Appell, immer tren und fest zum Verbands zu halten, vom Vorsitzenden geschlossen. **Esch.** Das man sich hier im Rückblicke der Vergangenheit, so das ihnen gesetzlich gewährte Recht des Streikens für sich in Anspruch nehmen, ganz selbstverständlich bezieht, dass man auch nur hier in Schwaben ein Bild zeigen. Der soeben jetzt beendeten von bereits über einen Monat in einer hiesigen Fabrik, welcher mehrere Sozialisten oder Gewerkschaften des Verbands gehörig hatten und über die von den betreffenden Arbeitern vorliegende Episode für diese Arbeiterinnen. Wer man aber glaubt, daß damit die Sache erledigt ist, der wird sich täuschen. Denn hat man es schon so weit gebracht, daß hiesigen Arbeiter ein Verbands von einem Verbands zum anderen wandern gemacht ist. Alle Arbeiter ohne Ausnahme müssen jetzt unter Verbands stehen. Wir begehren das Verbands in einer am 21. Mai von uns anberaumten Verbandsversammlung mit dieser Angelegenheit. Nach einem Vortrag unseres Bezirksvorsitzenden wurde über „christliche Belegschaft“ wurde eine Resolution angenommen, man solle Vorgehen der beteiligten Fabrikanten mit einer demot. Maßregel bestrafen und auch wir uns als Ver-

nehmste Aufgabe die Stärkung der Organisation anerkannt wurde. Es heißt überhaupt, daß die Herren Arbeitgeber für Arbeiterbestrebungen sehr wenig Verständnis haben. Als wir Ende vorigen Jahres in einem hiesigen Schreiben an den hiesigen Fabrikantenverein das Schreiben richteten, auch hier die gestundene Arbeitszeit oder doch wenigstens die 1 1/2-stündige Mittagspause eingeführt, erhielten wir einen ablehnenden Bescheid, man hat es eben nicht, weil wir noch später erfahren, der Verband dieses wünschte. Ganz und gar scheinen es die organisierten Arbeiter von der Firma J. Schülen mit deren Vertreter, Herrn Hartmann, verbunden zu haben. Es sei uns gestattet, hier einige Fälle anzuführen, wie wohlwollend dieser Herr christlich organisierten Arbeitern gegenüber steht. Einem Arbeiter dieser Firma, der wegen Verfrühdung des Zeigefingers Unfall nachsuchte, wurde ein Gutachten ausgestellt, daß bei dem betreffenden Arbeiter eine Erwerbsverminderung nicht vorliege und die Rente nur gesucht werde. Ähnlich wie diesem ist es schon oft Arbeitern ergangen, die in eine hilfbedürftige Lage geraten und deshalb um einen kleinen Zuschuß aus der Unterstützungsliste bitten. In solchen Fällen ist gleich die erste Frage an den betreffenden: „Gehören Sie auch dem Verbands an?“ Wenn ja, dann ist die Unterstützungsliste für einen solchen geschlossen. Wenn ein Arbeiter, der noch 15 Mk. für den Verband übrig hat, hat eine Unterstützung nicht notwendig. Es hat hier schon 25 Jahre ohne Verbands gegangen und heute brauchen wir ihn auch noch nicht, das Geld solle man lieber ersparen. Mit solchen Bemerkungen fertigt man einen organisierten Arbeiter einfach ab. Genaß sagen auch wir mit Herrn Hartmann: Es hat hier schon lange ohne Verbands gegangen, aber wie? Nun, davon wissen ja gerade die Arbeiter der Firma Schülen vieles zu erzählen. Oder glaubt Herr Hartmann vielleicht, daß es die Arbeiter schon vergessen haben, wie man ihnen früher oft den sauer verdienten Lohn gekürzt hat? Beweise hierfür liegen uns genug vor, wir werden auch in einer späteren Nummer noch näher darauf zurückkommen. Für heute genüge dieses. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Hinweg mit aller Gleichgültigkeit, hinein in den Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands! **Erfenbach.** Eine sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung hielt unsere Ortsgruppe am 27. Mai ab. Auf spezielle Einladung waren auch etliche Unorganisierte erschienen. Kollege Gerhardt hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Koalitionsrecht des deutschen Arbeiters. Die freie Aussprache war sehr interessant. Sehr viele Diskussionsredner meldeten sich, alle sprachen im Sinne der christlichen Gewerkschaften. Unter diesen zeigten sich recht tüchtige Kräfte. Unser Vorsitzender gab einen Rückblick auf unser Gewerkschaftsleben und schilderte die gegenwärtige Lage unserer Ortsgruppe. Er forderte die Unorganisierten auf, unterzüglich den christlichen Gewerkschaften beizutreten, ermahnte die Organisierten, fleißig zu agitieren, aber ein besonderes Augenmerk den Arbeiterinnen zuzuwenden, da gerade diese noch in großer Anzahl dem Verbands fernstehen. Unser stellvertretender, Kollege Stukenberger, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Versammlung so zahlreich besucht war, wie überhaupt, daß bei uns im Saartal ein gesunder Gewerkschaftsgeist vorhanden ist. Er forderte alle Anwesenden auf, mitzuarbeiten, daß auch die anderen Bezirke recht bald den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden. Nachdem noch einige Redner gesprochen, brachte Kollege Krukenberger ein Wort auf die christlichen Gewerkschaften aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Als sich dann unsere Kreisleiter Kollegen anschickten aufzusprechen, um noch unsere Ortsverbände Kollegen zu besuchen, sprach ihnen unser Vorsitzender im Namen der hiesigen Ortsgruppe seinen besten Dank aus. Hiernach wurden noch einige lokale Fragen besprochen, einige Neuaufnahmen gemacht, ein Agitationsfeld geungen und darauf die Versammlung geschlossen.

M.-Gladbach. (Berichtigung.) In dem Artikel „Wer vertritt die Arbeiterinteressen?“ in Nr. 22 muß es heißen 2/10 und 2/10 Pfennig statt 2 und 3 Pfennig. **Sergearath.** Zur Aufklärung über die letzten Ereignisse im hiesigen Gebiet hielt unsere Ortsgruppe im Lokale Jof. Stammes in Altenberg eine öffentliche Versammlung ab, mit der Tagesordnung: 1) Die hiesigen Ausprägung und ihre Lehren, 2) Pflichten und Rechte des christlichen Gewerkschaftlers. Kollege Klütgen sprach sehr ausführlich über die Ausprägung und begründete die Stellungnahme des Zentralvorstandes den Streitenden der Firma J. u. M. Meyer gegenüber. In der Diskussion wurde entschieden beurteilt, daß die streikenden Mitglieder der Firma J. u. M. Meyer dem Vorgehen des Zentralvorstandes nicht Folge leisten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute am 20. Mai im Lokale Jof. Stammes tagende, öffentliche Versammlung erkennt das Vorgehen des Zentralvorstandes bei der Bewegung der Firma J. u. M. Meyer, sowie bei der Ausprägung als das einzig richtige an, und sie verurteilt entschieden das heizerliche Verhalten der Führer des hiesigen (sozialdemokratischen) Verbands bei dieser Bewegung.“ Kollege Maasen aus Alsdorf behandelte eingehend den zweiten Punkt der Tagesordnung. Er forderte die Anwesenden auf, energisch für die christlichen Gewerkschaften zu agitieren, sich selbst tüchtig zu schulen, damit man auch dem Gegner Rede und Antwort geben könne, und tren zu den Führern zu halten. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Klütgen fand die Versammlung ihr Ende.

NB. Die Superflugen, die vermeinen, über alles kritizieren zu können, müssen ihrer Weisheit selbst nicht trauen, sonst hätten sie uns auf dieser Versammlung etwas beibringen können. **St. Tönis. (Kapitalistenrechte.)** Es ist bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer von den „Genossen“ gerne als „Kapitalistenrechte“, „Unternehmerrückfälle“, „Unternehmerkammerzucht“ usw. bezeichnet werden wenn sie den wütender gar nicht durchführbaren Forderungen der „Genossen“ nicht zustimmen. Es ist nun jedenfalls unsere Mitglieder sehr reich, zu hören, wie es in St. Tönis, einem Ortchen bei Krefeld, bei der Firma St. Tönisberger zugeht. In dieser Firma herrschte unter den organisierten Arbeitern bis dato ein leidliches Verhältnis, bis es einem „Genossen“ (ob am Anfang seiner Winterferien konnte nicht ermittelt werden) einfiel, eine Fabrikversammlung darüber abzuhalten, ob an den nicht gelesenen Forderungen zu halten, ob an den nicht gelesenen Forderungen (Winterfesttagen) gearbeitet werden solle oder nicht, als Gegenentwurf sollten die Arbeiter, wenn der Antrag angenommen würde, einige andere Tage (nach Firmes, Saßnacht usw.) freierhaben. Der Antrag wurde in einer Fabrikversammlung angenommen, in einer zweiten, vom Bürgermeister einberaumten Versammlung abgelehnt. Jetzt sammeln die „Genossen“ Unvorsichtigen für arbeiten an den betreffenden Tagen. Motiviert wird dieses Vorgehen mit dem Behauptung, daß die Arbeiter durch dieses

Festern erleiden sollen. Dieses Vorgehen der „Genossen“ ist sehr interessant und wird auf folgenden Gründen:

1. Weil man sonst immer hört, daß die Arbeiter nach einer Arbeitszeitverlängerung streben sollen, weil bei verkürzter Arbeitszeit nichts weniger produziert wird.
2. Weil die Firma lieber morgen wie übermorgen sieht, daß an Winterfesttagen gearbeitet wird.
3. Weil Religion Privatangelegenheit ist.
4. Weil nur durch Einigkeit bei Königsberger etwas erreicht werden kann.

Wer es aber jetzt wagen würde, den „Genossen“ zu sagen: Ihr seid betreffs des ersten Punktes inkonsequent, betreffs Punkt zwei Handlanger des Kapitals, betreffs Punkt drei Heuchler und betreffs Punkt vier Arbeiterverächter, der würde schon autommen. Nein, alles das sind die „Genossen“ nicht, die ruhen bekanntlich nicht eher, bis nach dem Aussprache eines Genossen aus Gladbach der letzte Arbeitgeber am Weibfuß steht. Alle diese angeführten bösen Eigenschaften besitzen, wie eingangs erwähnt, die „vermaldebenen Christen“, und wenn in St. Tönis, dank der eingefädelteten Maschinen, der durch die Uneinigkeit der Arbeiter mächtig gewordene Unternehmer diktiert, dann sind die Schuldigen die christlich organisierten Arbeiter und die rote und goldene Internationale wäscht — ihre Hände in Unschuld.

Waldhausen. Am 5. Mai hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Kollege Vinzenz gab den Quartalsbericht und erklärte die Revisionen, alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Darauf wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Interessant war der Vortrag des Kollegen Hoffmann vom Holzarbeiterverband über das Koalitionsrecht. Der Redner erntete reichen Beifall. Nach einigen Besprechungen schloß der Vorsitzende gegen 11 Uhr die Versammlung.

Wetz. (Baden.) Von allen Gaben, die uns das neue Jahrhundert bescherte, ist uns zweifellos keine so unentbehrlich geworden wie die Organisation. Aus dieser Erkenntnis heraus war für den 24. Mai von unserer Ortsgruppe eine Versammlung für alle christlich gestimmten Arbeiter in den Wehrhof-Gaai einberufen worden, zu welcher Kollegen Freudenreich von Freiburg das Referat übernommen hatten. Redner sprach über die Notwendigkeit und Wichtigkeit der christlich gestimmten Textilarbeiterfrage. Derselbe führte u. a. aus, daß früher die Arbeiter Englands ein Hundesackin führten, jetzt aber, wo sie organisiert seien, daher auch eine große Macht besäßen, haben sie den Acht- und Neunfuhrer und eine bedeutende Lohnsteigerung errungen. Redner betonte Rednerin, wenn es auch in unserem deutschen Vaterlande noch nicht so schlimm sei, da gibt es doch noch ganz entsetzliche Mißstände in der Lohnfrage, die kaum eine Feder zu schildern imstande ist. Rednerin beleuchtete zum Schluß noch das Familienleben der Arbeiter und schloß mit einem warmen Appell zu trennen Ausstehenden in der Organisation und intensiver Agitation für dieselbe. In der Diskussion sprach ein Arbeiter, anscheinend der „freien“ Gewerkschaft angehörig, wurde aber von einem Kollegen und von der Kollegin Knorr heimgeleuchtet. Einen schönen Aufschwung hatte unsere Ortsgruppe durch diese Versammlung zu verzeichnen. Derselbe ist von 28 auf 80 Mitglieder angewachsen, und beständig laufen noch Neuanmeldungen ein. Möge es so weiter gehen, bis sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.

Versammlungs-Kalender.

- Borken i. B. 10. Juni, 11 Uhr, Vertrauensmännerbes.
- Borghorst. 10. Juni, 11 Uhr, Vertrauensmännerbes.
- Borghorst. 17. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dwerfleg.
- Elberfeld. 16. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Herkenrath, Krefeld.
- Fischeln. 10. Juni, 5 Uhr, bei Heinrich Mätz. 6 Uhr öffentliche Versammlung dortselbst.
- Fork i. G. 10. Juni, 6 Uhr, in der deutschen Reichshalle.
- 18. Juni, 8 1/2 Uhr, im Lindengarten, öffentliche Bes.
- Gera. 16. Juni, 8 1/2 Uhr, in der Goldenen Kugel, Reichstadtplatz 5.
- Greven. 17. Juni, 5 Uhr, bei Witwe Wittinghoff, öffentliche Versammlung.
- Krefeld. 10. Juni, 11 Uhr, in der Reichshalle (oben), Allgemeine Mitgliederversammlung.
- Krippardt. 11. Juni, 7 1/2 Uhr, bei Schröder (Waldhaus).
- Die Versammlung findet regelmäßig alle 14 Tage statt.
- Marisch i. G. 10. Juni, 4 Uhr, bei Wno. Foutmann.
- Meßmer. 10. Juni, 10 1/2 Uhr, bei Anton Dorschardt, Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung.
- Münster i. W. 10. Juni, 12 Uhr, bei Krüßelhoff, Königl. Kaserne.
- 14. Juni, 5 Uhr, bei Joh. Alpers, Danim, Arbeiterinnenversammlung.
- Nachen. 14. Juni, 6 Uhr, bei Joh. Nadermacher (Drück), außerordentliche Generalversammlung.
- Sovera N.-L. 11. Juni, 8 Uhr, im Gasthof zum goldenen Apfel, öffentliche Versammlung.
- Schwelm. 9. Juni, 8 1/2 Uhr, im ehng. Vereinshaus.
- Wermeln. 10. Juni, 4 Uhr, bei August Geyer.
- Wierfen. 11. Juni, 8 1/2 Uhr, Sitzung der Kartellbelegschaften bei Krefeldburg.
- Worst. 10. Juni, 11 Uhr, bei Jof. Kälbers.

Adressenänderung.

Die Adresse des elassischen Sekretariates lautet ab 1. Juni: Franz Fischer, Waldhausen i. G., Wocholtgasse Nr. 19. Die Straße liegt in der Nähe der neuen St. Fridolinstraße. Alle Zuschriften sind ab 1. Juni an die neue Adresse zu senden.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Peter Heinen in M.-Gladbach. Adam Hüskes in St. Tönis. Joh. Hoffmanns in Lohbarich. Wilh. Mick in Montjole. Hubert Amend in M.-Gladbach-Holt. Martin Böcken in Wierson II. Joh. Grohs in Bocholt. Wilh. Lotterer in Barmen. Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder, agitiert für den Verband!